

Redaktion
Prag, II. Dělňická
Telefon
Zagrebredaktion
26703, 31460.
Korrespondenz: 26707.
Postfachamt: 37544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—
Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme des Montags (täglich) 1 Bl.

9. Jahrgang.

Donnerstag, 25 April 1929.

Nr. 98.

Senat.

Szrovny appelliert an den Wehrausschuss. — Kurze Plenarsitzung.

Prag, 24. April. Im Wehrausschuss des Senats erklärte heute der Ausschussvorsitzende Szrovny, der Generalstabschef Szrovny habe bei ihm bezüglich des vom Arbeitsministerium eingebrachten Gesetzentwurfes über die Regelung des Geometerwesens interveniert und ihn ersucht, die Vorlage auch im Wehrausschuss zu behandeln und dort einem Vertreter des Ministeriums Gelegenheit zu geben, gegen die Vorlage gewisse Einwände vorzubringen. Herr Szrovny wollte also einfach den Wehrausschuss kommandieren, in aller Eile die von ihm gewünschten Änderungen vorzunehmen, die er beim Arbeitsministerium wahrscheinlich nicht durchsetzen vermöchte. Der Ausschuss folgte aber doch nicht gar so eilig diesem Kommando, sondern beschloß lediglich, beim Präsidium des Hauses zu intervenieren, damit die Vorlage auch dem Wehrausschuss zur Begutachtung vorgelegt werde. Die Vorlage wurde deshalb von der Tagesordnung der Plenarsitzung abgesetzt.

Sodann wurden von verschiedenen Ausschussmitgliedern Beschwerden vorgebracht. Unter anderem teilte Genosse Jozl mit, daß ein Oberleutnant, dessen Frau sich an ihn gewendet hatte, damit ihr Mann in eine andere Garnison versetzt werde, deshalb vom Kommando im Disziplinarwege bestraft worden ist. Dieses Vorgehen stehe in einem merkwürdigen Gegensatz zu der bestimmten Erklärung des Ministers, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß ein Soldat oder Offizier dafür bestraft werden könne, daß er sich an einen Volkstribunal gewendet habe. Genosse Jozl verlangt daher vom Vorsitzenden, daß er bei der Regierung einschreite, um die Rechte der Volkstribunale zu wahren. Der Vorsitzende gibt diese Zusage.

Lebhaft gestaltete sich die Debatte, als der Verkauf der militärischen Flugzeugfabrik in Letnan neuerdings zur Verhandlung kam. Gegen dieses Projekt sprachen die Senatoren Stefan, Kovak und Genosse Jozl. Letzterer erörtert in diesem Zusammenhang die Rolle der Tschechoslowakei als Waffenhandelsland. Der Verkauf der Flugzeugfabrik stellt ein Millionengeschäft an den Zirkonkonzernen dar. Redner verweist auf die internationalen Zusammenhänge des Finanz- und namentlich des Rüstungskapitals; er spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus und verlangt die Vertagung der Beratung, bis der Entwurf der Statuten für die zu bildende Gesellschaft, die die Maschinenwerke übernehmen soll, vorliegt. Für das Ministerium griff General Rosal in die Debatte ein. Während früher von einer Verbindung der Fabrik mit der Brünnener Waffenfabrik die Rede war, erklärte Rosal heute, daß eine selbständige Gesellschaft in Verbindung mit den Zirkonkonzernen in Aussicht genommen werden soll. Der General verriet in ziemlich heftiger Kontrastierung mit dem tschechischen Genossen Kovak; schließlich wurde auch tatsächlich ein Antrag angenommen, die Beratungen dieses Gegenstandes zu vertagen, bis sich Minister Udrzal persönlich im Ausschuss einfinden kann und bis der Bericht des Obersten Kontrollamtes über die Gebarung der Flugzeugfabrik in Letnan vorliegt. Auch sollen in der Zwischenzeit Experten über den beabsichtigten Verlauf gehört werden.

Senatsplenium.

Die Plenarsitzung des Senats, die mit einstündiger Verspätung um 5 Uhr nachmittags begann, setzte das Geometerversetz von der Tagesordnung ab und beschloß debattelos, der Drähtiger Elektrifizierungsanleihe im Betrage von 30 Millionen die Vapillarität zu erteilen. Hier meldeten sich die Kommunisten Herz, Vektor und Frau Zehnalkova zu Wort, die alle drei mit dem Vorsitzenden Strabec in Konflikte gerieten, weil sie nicht zur Sache sprachen. Herz befahte sich mit dem Streik der Weinarbeiter in Berekov, Vektor bemühte die Schilderung der Laoc der landwirtschaftlichen Arbeiter in der Slowakei zu den gewohnten großen Angriffen auf die „Reformisten“, während Frau Zehnalkova gegen die Uebergehung der Kommunisten bei den Ernennungen in die Krankenkassen protestierte und selbstredend die „Reformisten“ des Einverständnisses mit der Regierung beachtigte. Der Vorsitzende erteilte nachträglich Ordnungsrufe und befiel dem Präsidium die Zensur der Reden vor.

Bombenabwurf erlaubt!

Ein Antrag Deutschlands auf Verbot des Bombenabwurfs in Genf abgelehnt. — Was alles sich mit der Humanität verträgt!

Genf, 24. April. Der Vorbereitungsausschuss für die Abrüstungskonferenz hat heute vormittag das Kapitel über den chemischen Krieg abgeschlossen und bei Behandlung des nächsten Kapitels über die Luftrüstungen zu dem deutschen Antrage eines allgemeinen Verbotes des Bombenabwurfs eine gegenseitige Stellung genommen. Aus dem Verlauf der bisherigen Aussprache ergibt sich bereits, daß dieser Antrag eine Mehrheit im Ausschuss nicht finden wird.

Ueber das Ergebnis der beiden nichtöffentlichen Sitzungen zur Frage des chemischen Krieges verlas Präsident Louden eine zusammenfassende Darstellung, der ohne weitere Aussprache zugestimmt wurde. Danach wird das Verbot der Anwendung von Giftgasen und ähnlichen chemischen Kampfmitteln von der Gegenseitigkeit abhängig gemacht und dementsprechend auf die Staaten beschränkt, die eine solche Verpflichtung eingehen. Generell verboten wird dagegen der bakteriologische Krieg. Alle anderen Vorschläge, so der sowjetrussische auf Erweiterung des Genfer Giftgasprotokolls von 1925 und der rumänisch-südslawische für Sanktionsmaßnahmen mit chemischen Kampfmitteln wurden zurückgezogen oder sollen an die Abrüstungskonferenz zur Kenntnisnahme weitergeleitet werden. Den deutschen Antrag eines allgemeinen Verbotes des Bombenabwurfs aus jeder Art von Flugzeugen begründete Graf Bernstorff, indem er vor allem darauf hinwies, daß der Bombenabwurf für die ungeschützte Zivilbevölkerung eine unmittelbare Gefahr darstelle. Die fürchterlichen und verheerenden Wirkungen des Bombenabwurfs auf wehrlose Städte und ihre Bevölkerung sei in einer früheren Tagung von dem belgischen Delegierten De Brouckere in eindrucksvoller Weise geschildert worden.

Ein Angriff von Powdenstunaregen auf Paris, Berlin oder London würde in wenigen Stunden eine halbe Million Menschenleben kosten. Mit der modernen Technik der Militäraviation werden, wie Graf Bernstorff

mit Nachdruck hinzufügte, diese fürchterlichen Wirkungen immer noch schlimmer.

Andererseits habe der Militärunterausschuss bereits vor Jahren anerkannt, daß die Bombenflugzeuge eine der wichtigsten Angriffswaffen sind. Die Abrüstungsaufgabe bestehe aber gerade darin, jeden Angriff unmöglich zu machen. Die Annahme des deutschen Antrages wäre der Zustimmung der ganzen Welt gewiß und die Arbeit des Ausschusses mühte unvollständig bleiben, wenn der Bombenabwurf nicht grundsätzlich verboten würde.

Die Aussprache brachte die Ablehnung des deutschen Vorschlags durch Polen, Frankreich, Spanien, die Vereinigten Staaten, England, Griechenland, Belgien, Italien und Kanada. Lediglich die Sowjetdelegation und der schwedische Vertreter sprachen sich sehr entschieden für den deutschen Antrag aus.

Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung der deutsche Antrag gegen die Stimmen Hollands, Schwedens, Chinas, Sowjetrusslands und Deutschlands abgelehnt. In einer Zusatzabstimmung wurde einmütig erklärt, daß mit dieser Ablehnung in keiner Weise eine Ermächtigung des Vorkrieges gegen Zivilbevölkerung ausgesprochen wird. Graf Bernstorff hatte vor der Abstimmung die Aufforderung des Präsidenten, seinen Antrag zurückzuziehen, entschieden abgelehnt, da er von seiner Resolution Anweisung habe, diesen Antrag zu vertreten. Er erklärte, er lese nochmals Wert darauf, festzustellen, daß der militärische Unterausschuss seinerzeit einstimmig den Abwurf von Bomben auf Städte und Zivilbevölkerung im wesentlichen als eine Verletzung der Gerechtigkeit bezeichnet hätte. Wenn der Ausschuss heute glaube, der Zeitpunkt für die Verwirklichung des deutschen Antrages sei noch nicht gekommen, so wolle er nur den Wunsch ausdrücken, diesen Zeitpunkt noch erleben zu können.

500.000 englische Baumwollarbeiter ausgeperrt!

London, 24. April. „Daily Telegraph“ meldet aus Manchester, daß die Föderation der Spinnerereibesitzer des Bezirkes Lancashire mit Rücksicht auf den bereits zwei Monate andauernden Streik der Spinner in einer Oldhamer

Fabrik bis zum 18. Mai die allgemeine Ausperrung beschlossen haben. Durch den Ausfall werden 500.000 in der Baumwollindustrie beschäftigte Arbeiter betroffen.

Dann wurde noch der Vertrag mit Oesterreich über die Regelung der Verbindlichkeiten in alten Kronen sowie das entsprechende Durchführgesetz hiezu debattelos angenommen. Die Forderungen tschechischer Gläubiger betragen etwa 970 Millionen alter Kronen, denen österreichische Gegenforderungen von etwa 250 Millionen gegenüberstehen. Der in Verhandlung stehende Zusatzvertrag soll verschiedene Fragen klären, die die Voraussetzung für die endgültige Abrechnung bilden. Alle gestern und heute erledigten Vorlagen wurden dann sofort in zweiter Lesung angenommen. Das ebenfalls vorbereitete Gesetz über die Verstaatlichung des Nationaltheaters wird erst nach Pfingsten erledigt werden.

Neue Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in Oesterreich.

Wien, 24. April. (Eigenbericht.) Der von den Christlichsozialen in Aussicht genommene Vizekanzler Professor Mittenberg hat heute die Verhandlungen mit den Regierungsparteien aufgenommen. Er hat aber, wie es scheint, sehr wenig Anklang gefunden. Jedenfalls hat der Landbund bereits ganz offiziell eine Rundgebung beschlossen, worin er erklärte, aus den Besprechungen die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß Mittenberg über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ganz uninformiert ist und daß unter diesen Umständen der Landbund an eine Regierung Mittenbergs sich nicht beteiligen würde. Es scheint, daß auch die Großwirtschaft ähnliche Ansicht hat. Man spricht allerdings in parlamentarischen Kreisen davon, daß die Christlichsozialen jetzt versuchen werden, eine Minderheitsregierung unter der Führung des Dr. Kamel, der bereits einmal Bundeskanzler war, zu versuchen. Aber eine definitive Entscheidung ist darüber noch nicht gefallen.

Moderner Sklavenhandel

Wo bleibt der Völkerbund?

Zwei Fälle, die sich in jüngster Zeit an geographisch vollkommen entgegengesetzten Stellen der östlichen Welt ereignet haben, bezeugen das Fortbestehen der längst überwunden geglaubten Einrichtung des Sklavenhandels mit farbigen Menschen an der Peripherie des europäischen Kulturkreises.

An der Grenze des Sudan ist es zu Zusammenstößen englischer Polizeitruppen mit bewaffneten Abessinern gekommen, die friedliche Regerstämme auf britischem Boden zu Zwecken des Menschenraubs zu überfallen gedachten. In Französisch-Indochina ist ein Franzose namens Bazin, der an der Spitze einer Gesellschaft zur Rekrutierung von eingeborenen Arbeitern stand, ermordet worden. Dieser Mord ist nicht etwa von Opfern verübt worden, die sich gegen das System des modernen Sklavenhandels unter der Flagge der Arbeiterrekrutierung auflehnten, sondern von konkurrierenden Menschenhändlern. Der Fall Bazin zeigt, daß der Handel mit Menschenfleisch ein ständendes, scharf umstrittenes Geschäft ist.

Mit der Abschaffung der Negersklaverei und der Ausrottung des von Arabern im Inneren Afrikas sklavenshaft betriebenen Menschenraubs durch die Montiere bei der Erschließung des schwarzen Erdteils schien einer der ständalösesten Ueberreste mittelalterlicher Barbarei aus der Welt geschafft. Am Jahre 1890 wurde auf einer Konferenz in Brüssel eine von 17 Staaten unterzeichnete Antisklavereivereinbarung angenommen, auch die Einfuhr von Kulis aus Indien und China nach Südamerika, Afrika und Australien, die praktisch dem Sklavenhandel gleichkam, wurde namentlich von England einer scharfen Kontrolle unterzogen; ihre Ausübung wurden wirksam bekämpft. Zu einer völligen Unterdrückung des Handels mit Menschenfleisch ist es allerdings niemals gekommen. Das Verbreitungsgebiet der Sklaverei wurde zwar räumlich durch das Vordringen der europäischen Kolonialmächte stark begrenzt, aber bei einer Reihe von halbzivilisierten Völkern ist die Sklaverei heute noch die Basis der Wirtschaft. Für Abessinien gestaltet sich die Befreiung der durch Kauf zu lebenslänglicher Sklaverei verpflichteten Menschen zu einem schwierigen sozialen Problem, dessen Lösung nicht ohne tief eingreifende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes möglich sein wird.

Die Herde des afrikanischen Menschenhandels, der sich noch immer in den seit dem Altertum gebräuchlichen primitiven Formen vollzieht, sind die Länder um das Rote Meer und den Persischen Golf. Seine Objekte haben ebenfalls nicht gewechselt, es sind noch immer die halbwildern Stämme des Sudan und Innerafrikas, bei denen sich Expeditionen von Arabern aus dem Yemen und dem Hedjaz jährlich neu verproviantieren. Man schätzt die Zahl der in den Handel gebrachten Sklaven immer noch auf 2000 bis 2500 Männer und Frauen pro Jahr, die auf bestimmte, nur den Eingeweihten bekannte Märkte gebracht werden und die einen vierermaßen bestimmten Kaufwert besitzen. Ein männlicher Sklave erzielt je nach seinem Alter und seiner Arbeitsfähigkeit einen Preis von 800 bis 1200 Mark. Sklavinnen sind ein weit begehrierer Artikel. Sie stehen deshalb höher im Preise und werden je nach ihrer Schönheit mit 1600 bis 2400 Mark bezahlt. Der Handel mit schwarzen Sklavinnen ist in Wirklichkeit ein verkorbter Mädchenhandel. Die afrikanischen Schönen ergänzen nicht nur den Nachwuchs in den Harems der arabischen Großen. Sie wandern auch in die Bordelle der Hafenstädte des Mittelmeeres wie des Indischen Ozeans.

Erleichtert wird der Transport der Opfer durch das Nachlassen der Aufmerksamkeit, die noch vor dem Kriege von den europäischen Kolonialmächten der Frage des Sklavenhandels geschenkt wurde. Die Verhältnisse haben

Arbeitslosenemonstration in Warschau

Warschau, 24. April. (Sch. P. B.) In Lodz kam es heute zu stürmischen Arbeitslosen-Demonstrationen. Eine große Gruppe von Arbeitslosen versammelte vor dem Gebäude des Magistrats und forderte vor dem Gebäude der Magistratsverwaltung die Aufnahme von städtischen Arbeiten. Die Polizei trieb die Arbeitslosen auseinander.

Die Nationalsozialisten für Mussolini.

Im „Südtiroler“ finden wir eine Polemik gegen das Blatt Hilters, den „Völkischen Beobachter“, der die italienische Wahlkomödie zum Anlaß würdevoller Antredsurgen Mussolinis berührt hat. Unter dem Titel „Das Benehmen zum Faschismus“ hat das Organ Hilters Mussolinis „Stoa“ mitgeföhrt. Hat sich nicht erwidert, den Wahlterror als nichts anderes zu bezeichnen als das „Wahlfieber“ auch bei demokratischen Wahlen, und hat endlich noch andere Zeitungen angegriffen, weil sie wahrheitsgetreu über den Terror berichteten. Doch die Opposition genaugen wird, faschistisch zu wählen, sei ganz in Ordnung. Für derartige Leute, meint das Blatt des Bräuhaus-Hilters, sei es

„recht und billig, wenn sie in einer gewissen moralischen Stimmung gehalten werden, die sie hindert, der Größe und Freiheit der Nation schüden in den Rücken zu fallen. Und vielmehr haben sogar diese Unglückseligen diesmal etwas in ihrem Innern gespürt von der Größe eines Systems, das gleichbedeutend ist mit der wichtigsten Konzentration nationaler Kraft, die wir heute kennen.“ Der „Südtiroler“ erklärt jeden Kommentar zu dieser Haltung für überflüssig. Auch wir möchten die Hilterworte für sich wirken lassen!

sich auch seit dem Zusammenbruch der türkischen Herrschaft über Arabien wesentlich verschlechtert. In dem aus der Waise der Türkei entstandenen kleinen Staatesgebilde haben sich die Osmanen durch die Fuldung des Sklavenhandels einen lohnenden Nebenberuf geschaffen.

Weit bedrohlicher und auch für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft von folgenswerterer Bedeutung ist der verschleierte Sklavenhandel, der erst mit dem gesteigerten Bedarf an Arbeitskräften für die Plantagenwirtschaft der tropischen Länder in Blüte gekommen ist. Der Anbau von Baumwolle und Gummi, von Tee und Kakaos in Indien und Afrika, die Erschließung der Petroleumquellen in Vorderasien und der in rascher Entwicklung begriffene Kupferbergbau im Belgischen Kongo benötigen ein ungeheures Heer farbiger Arbeitskräfte, da die klimatischen Verhältnisse den Weißen schwere physische Arbeit nicht erlauben. Auch die körperliche Konstitution der Neger ist den Anforderungen dieser Tätigkeit auf die Dauer nicht gewachsen. Weder der Neger, noch die anderen Angehörigen der farbigen Rasse sind entgegen der weit verbreiteten Meinung arbeitsunlustiger, als der Weiße, aber Klima und Tradition haben ihn an andere Methoden gewöhnt. Die Welt des Ostens sträubt sich instinktiv gegen die schematische Übertragung des europäischen Arbeitssystems auf ihre Wirtschaft. Theoretisch erkennt die moderne Kolonialpolitik auch für die Farbigen das Recht der Selbstbestimmung in der Frage des Arbeitsvertrages zu, aber aus dem Widerstreit zwischen Theorie und kapitalistischem Interesse hat sich eine Zwischenformel entwickelt, mit der die Brutalität der alten Sklavenjagd zwar noch außen vermieiden wird, mit der aber die verheerenden Wirkungen des Menschenfanges der halbivilisierten Völker bei weitem übertroffen werden. Es ist ein in Kolonialländern allgemein anerkannter Brauch, daß europäische Unternehmungen das Recht haben, sich Arbeiter auf dem Wege der Werbung zu verschaffen. Mit dieser Aufgabe beauftragten sich besonders Gesellschaften, denen Hauptzweck und andere angelegene eingeborene Persönlichkeiten gegen Festsetzungsgebelde Zurechtbedienste leisten. Die Werbung erfolgt gewöhnlich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen, und in Wirklichkeit wird das Arbeitsverhältnis fast immer zu einer Sklaverei auf unbegrenzte Zeit. Ein raffiniertes Vorschußsystem erhält den Arbeiter in dauernder Schuldschuldhaftigkeit, und die Arbeitsbedingungen, die Behandlung wie die Wohnverhältnisse dieser Arbeiterkategorie sind in vielen Fällen bedeutend schlechter, als die von Sklaven; denn sie bedeuten stets ein Verbotswort für den Besitzer, während der zwangsweise geheuerte Arbeiter eine jederzeit erzielbare Ware ist. Zustände dieser Art finden sich ebenso in den afrikanischen Kolonien Frankreichs, an der Malakalüste, im englischen Inner- und Südafrika. Die Teeplantagen Burmas und Assams befolgen hierbei die gleiche Methode wie die Minenbesitzer Sibirikas. Häufig werden Trupps solcher Arbeiter auf wochenlangen Seereisen schlimmer als das Vieh verfrachtet oder müssen tagelange Wege ohne

genügende Nahrung und hygienische Fürsorge zurücklegen. Prozeduren, die Sektomben menschlicher Wesen kosten.

Verstoßt wird diese Giftquelle erst dann werden, wenn die Ideen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und des Sozialismus in den

Für die Rechte der schlesischen Bevölkerung.

Budgetdebatte in der mährisch-schlesischen Landesvertretung.

Brünn, 24. April. (Eigenbericht.) Die mährisch-schlesische Landesvertretung führte heute die Generaldebatte über das Landesbudget zu Ende und nahm die Spezialdebatte auf. Die heutigen Redner der Aktivisten Dr. Langer (Agrarier) und Dr. Linke (Christlichsoz.) richteten sich nach dem bekannten Rezept, durch eine Fülle von scharfer Kritik zu verdeuten, daß sie durch ihre Abstimmung die Mitverantwortung nicht nur für das antisoziale Budget, sondern auch für den deutschfeindlichen Kurs in der Landesverwaltung, für die Vernichtung der letzten Reste der Autonomie tragen. Die Sünden der deutschen Regierungsparteien wurden denn auch von unseren Genossen durch zahlreiche Zwischenrufe und durch Dr. Hanreich in einer Rede wiederholt ins Gedächtnis gebracht.

In der Spezialdebatte kam als erster Redner Genosse Heideich zu Worte, der in einer ausgezeichneten Rede unseren grundsätzlichen Standpunkt zur schlesischen Frage darlegte und damit natürlich unerbitliche Abrechnung mit den deutschen Regierungsparteien hielt. Die Rede des Gen. Heideich war der Höhepunkt des heutigen Tages, sie fand die ungeteilte Aufmerksamkeit des Hauses.

Aus der gestrigen Debatte haben wir noch die Rede des

Genossen Schuster

nachzutragen: Genosse Schuster legte vor allem Verwahrung dagegen ein, daß der Voranschlag erst knapp vor der Sitzung in die Hände der Landesvertreter gelangt ist und ausschließlich in scheidetischer Sprache vorgelegt wurde. Zur allgemeinen Kritik des Budgets übergehend, stellte Gen. Schuster fest, daß der Voranschlag das Spiegelbild der Kräfte in diesem Hause ist. Es weht uns ein christlichsozialer-agrarischer Geist entgegen. Diese Politik des Parteigewinns ist sehr unverantwortlich, denn schon wankt bereits der Boden unter den Füßen der jetzigen Mehrheit.

Dem Voranschlage fehlt jede Großzügigkeit. Er ist unaufrichtig und unübersichtlich und zeugt von der großen Unkenntnis des Referenten, was den Staatsooranschlag anlangt. Die Unaufrichtigkeit des Voranschlages ergibt sich schon aus seiner Einteilung. Das ordentliche Erfordernis und das Investitionserfordernis betragen zusammen 388.000.000 Kronen. Das Erfordernis des Landesschulrates aber 434.000.000 Kronen, also um reichlich 50.000.000 Kronen mehr. Warum ist das Landesbudget nicht im ordentlichen Erfordernis enthalten? Das Land ist doch verpflichtet, die Lehrgelüste zu bezahlen. Das Land ist aber nicht einmal, diese Gelüste zu bezahlen und der Staat muß fort darauf Vorschüsse geben. Warum wird das Schul-Etat nicht verbunden mit dem notwendigen Erfordernis? Vielleicht soll es verschleiert werden? Das Erfordernis im Schuletat ist ganz ungeheuer. Nach Abrechnung der Erträge der Bezirkschulkaassen, der Pensionsbeiträge, der Landesbeiträge zu den ordentlichen Ausgaben verbleibt ein unbedecktes

Kopfen der farbigen Arbeiterschaft lebendig geworden sein wird. Dann werden auch aus den Subjekten kolonialpolitischer Ausbeutung Menschen werden, die im Stande sind, ihr Schicksal nach eigenen Bedürfnissen zu bestimmen.

Defizit von 334 Millionen, welches der Staat bezahlen muß.

Wir leben also, daß das Land nicht auf eigenen Füßen stehen kann, sondern daß es völlig dem Staat ausgeliefert ist. Die Zuschläge sind, was ihre Höhe und die Zeit ihrer Realisation anbelangt, von der Staatsverwaltung abhängig. Durch das Gemeindefinanzgesetz wurde überdies auch noch die Umlagenfreiheit der Selbstverwaltungskörper gedrosselt, sie können nicht mehr Umlagen einheben wie früher und es ist auch theoretisch den Gemeinden und Bezirken, aber sogar auch dem Lande, die Möglichkeit genommen, ihre Einnahmen selbst festzusetzen.

Und nun die Frage, wer zahlt diese Steuer? Wie ich schon gesagt habe, sind Landessteuern 256,6 Millionen. Davon entfallen auf die direkten Steuern nur 126 Millionen. Dann muß man aber doch noch gerechterweise einen Betrag, der auf die Hauszinssteuer entfällt, abziehen, denn diese Hauszinssteuer wird ja von den Hauseigentümern auf die Mieter überwält. Wenn man das abzieht, so bleiben nur noch 100 Millionen. Von dieser Viertelmilliarde haben Sie nur 100 Million indirekte Steuern, während alle anderen durch indirekte Steuern vom Lande heringebracht wird. Das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern ist also 2 : 3. Wenn man aber annimmt, daß darin noch die Grundsteuer enthalten ist und die allgemeine Erwerbsteuer, die ja auch von sehr armen Leuten geleistet wird und namentlich die Grundsteuer mit der ganz unzeitgemäßen Berechnung nach dem Katastralreinertrag eigentlich eine verkehrt progressive Belastung ist, so ist das Verhältnis eigentlich noch ungünstiger. Ueberhaupt ist das Bild nicht vollständig, wenn wir nicht auch noch den Schulvoranschlag zuziehen und der ist mit 334 Millionen passiv. Der Referent meint, der Staat werde es bezahlen. Woher kann aber der Staat das Geld nehmen? Budgetmäßig kann er es nicht mehr bestreiten und er kann es nur hereinbringen durch Ueberschreitungen, und zwar auch wieder nur aus Steuern, die auf den Umsatz gelegt sind, aus Umsatzsteuern, Verbrauchssteuern, Zöllen und dem Ertragnis der Tabakregie.

Das Verhältnis der Besitzsteuern zu den Massenverbrauchssteuern ist also nicht 2 : 3, sondern es ist tatsächlich 1 : 5,

nämlich 100 gegen 480 Millionen. Dieser Voranschlag ist nicht christlich, er ist auch nicht sozial, er ist aber vielleicht christlichsozial. Wir haben also allen Grund, diesen Voranschlag abzulehnen.

Nach Dr. Langer sprach Dr. Linke, der erzählte, daß die zu bildende schlesische Kommission als das Mittel zur Wiedererrichtung Schlesiens angesehen werden müsse. (Gen. Schuster: Das glauben Sie doch selbst nicht!) In der Spezialdebatte war

Genosse Heideich

der erste Redner. Er beschäftigte sich vor allem mit der niederträchtigen Behandlung, die Schle-

sen durch den Bürgerblock erfuhr. Selbst Stramatz mußte öffentlich zugeben, daß die Vereinigung Währens mit Schlesien in der schlesischen Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität beträchtliche Beunruhigung hervorgerufen hat. Ungeachtet der Warnungen und Proteste ist ausschließlich aus nationalistischen Beweggründen die Vereinigung erfolgt, für die angeblich rein administrative Gründe maßgebend gewesen sein sollen. Es wurde mit der verhältnismäßigen Kleinheit des Landes operiert. Aber wir fragen, warum ein Verwaltungsgebiet wie Schlesien, das 672.000 Einwohner zählt, beseitigt werden mußte, und Karpathoruthland mit 606.000 Einwohnern aufrechterhalten wurde? Die Berufung auf die Friedensverträge geht hier vollkommen fehl, denn der Friedensvertrag ist der karpathoruthischen Bevölkerung gegenüber nicht eingehalten worden, sonst müßte das Land einen Landtag mit Gesetzgebungsrecht besitzen. Aber ist denn der einmütige Wille der schlesischen Bevölkerung nicht so viel Beachtung wert, wie die Friedensverträge? Es sind eben rein nationalistische Gründe gewesen, mit denen man Schlesien die Selbstverwaltung genommen hat. Um so größer ist die Schuld der Aktivisten, welche sich vergebens gegen den Vorwurf des Verrates Schlesiens wehren können. In ihrer Hand lag das Schicksal des Landes, sie waren es, die Schlesien preisgegeben haben. Die schlesische Kommission kann kein Ersatz für die Selbstständigkeit des Landes, sie ist nicht mehr als ein Hilfsorgan des Landesauschusses und wird nicht mehr werden, als ein Hilfsorgan der Bürokratie. Wir protestieren daher nochmals gegen die Vergeßlichkeit des Willens der schlesischen Bevölkerung. Wir haben zu diesem System kein Vertrauen und müssen ihm unsere Unterstützung verweigern.

Die Genossen Bival und Schuster griffen wiederholt in die Debatte ein, die bis in die Nachstunden dauerte.

Senatskoalition beantragt Gehaltserhöhungen für Richter und Akademiker.

Erhöhung, bezw. Einführung von Funktionszulagen. Mehraufwand 170 Millionen.

Prag, 24. April. Das zur Beratung der Frage der materiellen Besserstellung der Richter und der übrigen Staatsbeamten mit Hochschulbildung eingesetzte Subkomitee der Senatskoalition hielt heute eine Sitzung ab, in der Senator Baza bereits über die Entwürfe zweier Vorlagen berichtete, die auf Grund der eingebrachten Anträge ausgearbeitet worden sind. Der vom Referenten ausgearbeitete Text wurde mit kleineren Änderungen angenommen. Die beiden Vorlagen, von denen eine die Richter, die zweite die Staatsbeamten mit Hochschulbildung umfaßt, haben die Form einer Novelle zum Gehaltsgesetz; sie sollen bereits in der nächsten Zeit offiziell im Hause eingebracht und den zuständigen Ausschüssen zugewiesen werden. Die Bedingungsfrage wird ziemlich kurz mit dem Hinweis auf die zu erwartenden Budgetüberschüsse des Jahres 1929 gelöst. Für die folgenden Jahre sieht der ausführende Mitgliederrat die Einführung weiterer Abgaben für Amtshandlungen und Informationen an Parteien etc. vor. Die Vorlagen sind rückwirkend mit 1. Jänner 1929 gedacht.

Ohne einer ausführlichen Besprechung der Vorlagen voranzugehen, führen wir nachstehend die wichtigsten Bestimmungen der beiden Entwürfe an:

Die Richtervorlage sieht einen Grundgehalt von 20.000 Kronen vor, der um je 2000 Kronen bis 38.000 Kronen in der sechsten Stufe steigt. Die Funktionszulagen betragen sich je nach der Gruppe zwöl-

Copyright: Weltbühnenverlag, Berlin-Friedenau.

Aufreubr im Warenhaus.

Von Manfred Georg. 14

Zu Boris hatte sich eine junge Mulattin gesetzt, deren brauner Hals erregend aus einer gelben Wäsche auffrag. Sie kroch mit ihren Händen in die Kermel seines Rockes, und ihr halb geöffnete Mund stieß zärtliche Laute aus, die er zuerst nicht verstand. Er fühlte sich sogar abgestoßen von dem starken Geruch der Frau, der Gedanken an Tabak und Urwald hervorrief, aber die durch lakartige Pomade stiftierte Linie ihrer Haare erinnerte ihn so stark an Jelena, daß er sich erlosb und ebenfalls zu tanzen begann. Die Mulattin fühlte, wie allmählich ein Rauch über ihn kam, aber sie begriff es nicht ganz; denn, wenn sie seine Augen suchte, sah sie ihn nur die bunten Blöcke an den Wänden mustern. Es war, als zähle er die Schuhschrauben, die sich dort von nördlichen Schieberen her eingegraben hatten. Mit einer ärgerlichen Bewegung drückte sie ihn fester an sich. Aber die Nerven dieses Mannes spritzte sie noch nicht. Sie verliebte sich in Boris' kleines Kinn, und als er einer lockenden Handbewegung nicht folgte, warf sie sich empor und biß ihn in die Unterlippe. Er hörte überrascht und sah mit dem Tanz auf und schlenderte sie in eine Ecke zwischen zwei Tischen. Sie lächelte und lud ihn mit einer demütigen Geste ein, sich zu ihr zu setzen. Er wußte nicht, warum er es tat. Die Leute aus Danai schlugen so laut auf ihre Instrumente, daß ihm der Kopf zu schmerzen begann. Die Hinzern der Tanzenden glitten in Augenhöhe an ihm vorbei. Er sah deutlich die Revolver und die Schnapsflaschen in den Taschen. Er sah auch einmal die Hand einer kleinen Französin, die scheinbar halb besinnungslos nach hinten gelehnt in den Armen eines Kommiss zu ver-

gehen schien und dabei mit der Linken eine silberne Dose aus dessen Hüfttasche heranschole. Die Mulattin hatte es auch bemerkt. Als er grinst, umpreßte sie sein Handgelenk und sagte: „Wir wollen zusammen arbeiten.“

„Warum willst du mit mir arbeiten?“ „Weil du dann mit mir schlafen wirst, wenn ich dir helfe.“

Boris verzog zweifelnd die Mundwinkel. „Werde ich das?“

„Wenn du es einmal getan hast, wirst du es immer tun.“

„Du bist ja deiner sehr sicher.“

„Bin sicher. War ein kleiner, deutscher Lehrer mein Freund. Er hat dann bei uns gewohnt. Hat mit meinem Vater Konfusen zusammen gemacht und ist nicht wieder aus unserem Viertel fortgegangen. Als er Schwindsucht hatte und im Bett lag, wollte er noch zwei Minuten vor seinem Tode, ich sollte noch einmal mich zu ihm legen, daß er mich fühlen könnte.“

„Wie heißt du denn eigentlich?“ „Man nennt mich Gladys, aber in Wirklichkeit heiße ich Juanita.“

Ihre braunen Hände mit den rosa Fingernägeln fuhren ihm durch das Haar. Er hatte die Luft dieser Stadt und ihrer Klumpen, ihrer Kontore und ihrer Speisehallen so satt. Bis heute hatte er es vermerkt, den Gedanken an Jelena, wenn er sich in ihm zu entzünden wage, sofort totzuschlagen. Durch diese Frauenhand wurde wieder alles lebendig. Er winkte dem Wirt.

„Kann man diesem Mädchen vertrauen?“ Der Wirt grinste: „Da hat sich ja ein schönes Paar von Halsengeln zusammengefunden.“

Er begann mit Juanita wie mit einem Kinde zu sprechen. „Liebst du ihn?“

Juanita sagte sehr naiv und zärtlich: „Er hat eine so dreie Brust. Ich glaube ja.“

Der Wirt nickte beifällig. „Du weißt ja, Juanita, daß es nicht angenehm hier ist, bei uns aus Versehen in die Kanalschächte zu rutschen. Dann er sich also auf dich verlassen?“

Juanita fühlte in diesem Augenblick ganz deutlich und merkwürdigerweise aus ihrem Schoß heraus, daß jetzt eigentlich Boris von dem Wirt an sie, nicht sie an ihn, verkauft wurde. Sie schloß siegesgewiß ihre Augen über ihrem neuen Geliebten: „Er kann es.“

„Also, wenn du die hast, Boris, dann kaufst du das Feuer aus der Hölle schmuggeln. Du kannst sie gleich heute abend mitnehmen.“

Juanita bog sich unter Boris' Gesicht. Sie trant seinen Mund aus.

Ein Mann, dem die steife Melone wie eine festen getragene Krone auf dem wüsten Schädel saß, trat heran, nippte mit dem rechten Zeigefinger an seinen Hut und sagte: „Der Rum ist in das Auto verladen. Es steht im Schuppen am Quai 38. Willst du ihn jetzt hinausfahren?“

„Ja.“ antwortete Boris, „ich komme schon. Wieviel?“

„Zwanzig Dollar.“

Die Mulattin zählte davon: „Dreißig.“ Der Mann sah sie giftig an, ließ den Blick an ihr hinstern gleiten, sah, daß ihre Hand Boris' Hand umklammerte, und beifällig geäußert: „Gut, dreißig.“

Das Unternehmen glückte. Nun stand er mit Juanita vor der Hintertür eines großen Hotels, dreißig Dollar in der Tasche, und hatte Lust, sich allein in ein gutes Unterkunftshaus zu begeben und dort ein paar Tage zu wohnen. Aber Rod und Kragen, Stiefel und Hosen waren zu abgetragen. Juanita bemerkte sein Rögern. Sie fühlte, daß sie ihn noch in dieser Nacht würde besitzen müssen, weil er ihr sonst verlorengehen würde.

„Freiern wir die Sache, und dann kannst du bei uns schlafen.“

Sie fuhren mit einem Autobus nach Haarlem hinterher.

„Ich habe eine Schwester. Sie tanzt. Willst du sie sehen?“

Boris' Gedanken waren trübe. Die paar Monate, die er allein auf dem New Yorker Pflaster gelegen hatte, oft obdachlos, immer in Furcht, aufgegriffen zu werden, und dann wieder durch einen letzten nervenerregenden Zufall gerettet, hatten genügt, um ihn, der voller Schwächen war, zu einem jener Dummsker zu machen, die es sich nicht leisten konnten, eine Möglichkeit auszunutzen. Das Wort Schwester rief eine Helle in ihm hervor. Er stellte sich darunter etwas Unverdorbenes, Unschuldiges vor und sehnte sich danach, wie nach einem kühlen, weißen Bettzeug.

Der herkulische Portier am Eingang mochte erst Platz, als Juanita die fettige Haut seiner Wangen getastet hatte. Dann sahen sie in einem halbdunklen Raum, rings um eine Erhöhung, die aus starkem Glas von unten her farbig erleuchtet wurde. Die Abbildung war so geschickt, daß man bisweilen die Tänzerin nur bis etwas über den Nabel in wechselndes Licht getaucht sah, während Oberkörper, Arme und Kopf im Dunkel blieben. Das Lokal war dicht von Regern und Mischlingen aller Schattierungen gefüllt. Es waren Handwerker und Kaufleute, sonntäglich angezogen. Die Kragen und gestreiften Oberhemden trachten unter den Bewegungen ihrer Muskeln, die Kleider der Frauen verschoben sich über den seidenbestrumpften, starken Beinen, die sie übereinanderschlugen.

(Fortsetzung folgt.)

12.000 und 45.000 Kronen. Die Aktivitätszulagen bleiben unverändert.

Die zweite Vorlage über die Staatsbeamten mit Hochschulbildung erhöht die Bezüge der Anwärter in der höchsten Ortsklasse auf 19.800 Kronen in der Dienstklasse Ia, auf 15.000, bzw. 18.800 K in der Dienstklasse Ib und auf 16.500, bzw. 18.000 in der Dienstklasse Ic. Für Beamte auf hofmännlichen Stellen der Dienstklasse Ib werden Funktionszulagen vorgesehn, die von 4.000 bis 18.000 Kronen steigen. In der Dienstklasse Ia erhöhen sich diese Beträge um 8 Prozent.

Für außerordentliche Hochschul-Professoren werden Funktionszulagen von 6.000 bis 16.000 K, für ordentliche Professoren Funktionszulagen von 16.000 bis 24.000 K vorgesehn. Die Gehälter der Mittelschulprofessoren sollen durch Funktionszulagen von 4.800 bis 10.800 K ergänzt werden. In ähnlicher Weise werden auch für Hochschulassistenten und für Akademiker im Heere und in der Gendarmerie Funktionszulagen festgesetzt.

Der Mehraufwand ist für die Richter mit 20 Millionen, für die übrigen Staatsbeamten mit rund 150 Millionen festgesetzt.

Die Bürgermeisterwahl in Zurn ergebnislos.

Kommunistische Komödie.

In der gestrigen Sitzung der Stadtvertretung sollte zum Schluß die Neuwahl des Bürgermeisters, seiner Stellvertreter und der Stadträte bereits zum zweiten Male stattfinden. Da zu erwarten war, daß die Wahl wiederum ergebnislos verlaufen würde, hatte unsere Fraktion den Antrag auf Auslösung der Stadtvertretung und sofortige Ausschreibung der Neuwahlen eingebracht. Die Kommunisten benützten die Gelegenheit, sich aus der ganzen Sache eine Sek zu machen.

Bei der Wahl des Bürgermeisters wurden insgesamt 35 Stimmen abgegeben, wovon 32 leer waren. Eine Stimme entfiel auf die Kommunisten Kubankova und zwei Stimmen auf den Kommunisten Dymal. Bei der darauffolgenden engeren Wahl erhielt Frau Kubankova drei Stimmen, die anderen Stimmzettel waren leer und es war daher Frau Kubankova zum Bürgermeister gewählt. Nun sollte die Wahl der Stellvertreter vorgenommen werden. Es wiederholte sich dasselbe Spiel. Der Kommunist Dymal erhielt in der engeren Wahl drei Stimmen und wäre somit zum ersten Stellvertreter gewählt worden. Der deutschnationale Stadtrat Augustin erhob jedoch gegen die Rechtsgültigkeit beider Wahlen Einspruch und machte darauf aufmerksam, daß der Kommunist Fischer, der als Ersatz für Schuma zum Stadtvertreter vorgedrückt ist, keine Angelobung erteilt habe und daher alle vorgenommenen Wahlen ungültig sind. Daraufhin wurde die Sitzung aufgehoben und es findet in den nächsten Tagen eine neuerliche Sitzung statt.

Die betrogenen Kriegsoffer.

Der Bund der Kriegsverletzten hat in der letzten Zeit eine Reihe von Konferenzen abgehalten, auf denen eine Entschädigung an den Ministerpräsidenten gefordert wurde. In dieser Entschädigung wird auf den im Herbst 1926 im Abgeordnetenhause und Senate angenommenen Resolutionsentwurf verwiesen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, das Kriegsbeschädigtengesetz ehestens zu novellieren. Seit der Annahme dieser Resolution sind aber schon fast zweieinhalb Jahre verstrichen, ohne daß seitens der Regierung etwas unternommen worden wäre, um diesen einstimmig angenommenen Anträgen zu entsprechen. Seit dem Jahre 1922 wurde keine Verbesserung des bestehenden Versorgungsgesetzes mehr vorgenommen, während alle anderen ehemals kriegsverletzten Staaten unterdessen schon bedeutende Verbesserungen vornahmen. Das internationale Arbeitsamt in Genf hat eine Statistik herausgegeben, aus welcher hervorgeht, daß die Versorgung der Kriegsinvaliden in der Tschechoslowakei an letzter Stelle steht, was allein schon ein objektiver Beweis für die Verächtlichkeit der Forderungen der Kriegsinvaliden ist. Der letzte internationale Kongress der Kriegsinvaliden hat gleichfalls auf die beschämende Tatsache hingewiesen, daß es den Kriegsinvaliden in keinem Lande so schlecht geht wie eben in der Tschechoslowakei. Alle Interventionen des Bundes der Kriegsverletzten haben bisher nichts genützt. Die Herren Ministerpräsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senates haben zwar die bindende Erklärung abgegeben, daß sie dafür Sorge tragen werden, daß die Resolution, von der eingangs die Rede war, kein leeres Papierfetzen bleiben werde, aber auch das hat nichts genützt, bisher ist nicht das geringste geschehen.

Für diese Mißachtung der Forderung der Kriegsoffer trägt das herrschende Regime voll und ganz die Verantwortung. Die bürgerlichen Parteien haben den Kriegsinvaliden die schönsten Versprechungen gemacht. Der Herr Schuber von Bund der Landwirte, der Herr Rajicek von den Christlich-Sozialen und der Herr Cufil von den Tschechisch-Mexikalern haben zwar Anträge gestellt, aber sich nicht darum gekümmert, daß diese Anträge auch verwirklicht werden. Die Regierungsparteien haben es in der Hand, die Novellierung des Kriegsbeschädigtengesetzes zur Tat werden zu lassen. Tun sie es nicht, dann sind die Reden, die die Herrschaften von Zeit zu Zeit halten, um die Kriegsoffer zu beruhigen, nicht einen roten Heller wert. Die Kriegsbeschädigten müssen daraus erkennen, daß sie nur Hilfe finden können bei den sozialistischen Parteien.

Im Dienste des Bürgertums.

Die Reichenberger Kommunisten lassen bürgerliche und nationalsozialistische Wählerveranstaltungen in Ruhe und sprengen eine sozialdemokratische Versammlung.

Die letzten Wahlerfolge der sozialdemokratischen Partei in Nordböhmen, namentlich in Prag und Pilsen, haben die kommunistischen Führer kopflos gemacht. Sie befürchten bei dem Sonntag stattfindenden Reichenberger Gemeindevwahl ebenfalls einen Aufstieg der Sozialdemokratie und eine Niederlage ihrer Partei. Nachdem die von ihnen bisher einberufenen Wählerveranstaltungen nur von den Referenten besucht waren und ein kommunistischer Propagandanzug, der am Sonntag durch die Straßen Reichenbergs zog, einschließlich der Begleitpolizisten annähernd 50 Teilnehmer zählte, ergriffen die Politbürokraten ihre Zuflucht zu einer Verzweigungstaktik. Sie scheinen von eben die Weisung erhalten zu haben, den Kampf gegen die Sozialdemokraten mit allen Mitteln zu verstärken und dadurch zu verhindern, daß durch die sozialdemokratische Agitation der Position der Reichenberger bürgerlichen Rathhausparteien Abbruch getan wird. Den revolutionären Kampfsgeist der Reichenberger Volkshewiker konnte man in einer am Dienstag in das Schützenhaus einberufenen sozialdemokratischen Wählerversammlung kennen lernen. Sie hatten aus der engeren und weiteren Umgebung Reichenbergs einen organisierten Stoßtrupp zusammengeworfen, der, verstärkt durch Angestellte der Karlsstraße, seine konterrevolutionäre Aufgabe gewissenhaft ausführte. Schon bei der Eröffnung der Versammlung durch den Genossen Vorbach wurde beim folgenden Kampf um das Präsidium das Stichwort gegeben. Durch wüsten Lärm und Beschimpfungen der sozialdemokratischen Arbeiter und Vertrauensmänner wollten die Weltrevolutionäre ihre

Freiheit gegenüber Bürgertum und Unternehmertum, wie sie dies beim roten Tag und beim letzten Textilarbeiterstreik so glänzend bewiesen haben, wieder ausgleichen. Die Hundertprozentigen hätten es gerne zu Täglichkeiten kommen lassen, weil ihnen die energische Haltung unserer Ordnungstruppe nicht das das bloß Maulaufreißen als empfehlenswert erschienen ließ. Ein Redakteur des „Vorwärts“ namens Weber wurde sichergestellt, als er einem unserer Ordner mit einem Aufruf in den Saal traktierte. Einem Angestellten des Konsumvereines „Vorwärts“ wurde das drohend geschwungene Bierglas von unserem Eisenbahnervertrauensmann Biegel noch rechtzeitig aus der Hand genommen. Als sich herausstellte, daß die Kommunisten den Genossen De Witte unter keinen Umständen anhören wollten, verließen die sozialdemokratischen Teilnehmer die Versammlung und ließen die Radabreder allein. Der Stoßtrupp aus Maffersdorf, Nöchlitz und Schönborn hielt dann durch fünf oder zehn Minuten eine Reichenberger Wählerversammlung ab, damit auch die Spahvögel auf ihre Rechnung kamen. Anschließend beschritten die Kommunisten korporativ die nationalsozialistische Wählerversammlung in der Volkshalle des Rathhauses, wo sie sich jedoch angeichts der hakenkreuzerischen Ueberzahl gefittet wie die Lämmchen benahmen und ruhig eine kräftige Abfuhr einsteckten. Der Kampfsgeist langte nur noch gegen die Sozialdemokraten. Aber die Kommunisten werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß diese Verzweigungstaktik auf den Ausgang der Gemeindevahlen irgendwelchen Einfluß ausüben können.

Gegen die Ernennungswillkür des Herrn Gramel.

Für die sofortige Ausschreibung der Wahlen in die Krankenkassen.

Prag, 24. April. Die Genossen Deutel und Riehnauer haben im Senat folgende Interpellation an den Minister für soziale Fürsorge betreffend die Ernennungen in die Krankenfürsorgeanstalten überreicht:

Vor wenigen Tagen erschienen im Amtsblatte die Ernennungen der Vorstände, Aufsichtsräte und Schiedsgerichte für die Bezirkskrankenfürsorgeanstalten. Bisher war nur eine oberflächliche Prüfung der Ernennungen möglich; trotzdem zeigt sich jetzt schon,

daß diese Ernennungen parteilich und mit einer Sorglosigkeit erfolgten, die wohl kaum jemals da war.

Wie bei den Ernennungen in die Bezirks- und Landesvertretungen, so wurden auch jetzt wieder die Angehörigen der Regierungsparteien in unerhörter Weise bevorzugt, große Oppositionsparteien jedoch vollständig übergegangen oder in einem zu ihrer Stärke geradezu lächerlichen Verhältnis ernannt. Unter den ernannten Arbeitnehmern sind es insbesondere

die beiden christlichsozialen Parteien, welche allen anderen gegenüber augenfällig bevorzugt wurden.

Dieser Umstand ist um so aufreizender, als der Herr Minister für soziale Fürsorge selbst Führer einer christlichsozialen Partei ist und der Anschein erweckt werden muß, als würde er sein hohes Amt im Interesse der Angehörigen seiner Partei und der ihm nahestehenden deutschen christlichsozialen Partei ausüben.

Geradezu ungläublich ist aber die Sorglosigkeit, mit der bei den Ernennungen vorgegangen wurde.

In den Listen marschieren Tote auf, es gibt Anstalten, bei denen die Zahl der ernannten Mitglieder sowohl bei der Arbeitnehmer als auch

bei den Arbeitgebern größer ist als die Zahl der Mitglieder. Auffallend ist die

Hintanhaltung der Industrie zugunsten der Gewerbetreibenden,

was wiederum auf parteipolitische Einflüsse zurückzuführen sein dürfte.

Nun hat der Herr Minister für soziale Fürsorge im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses zwar zugegeben, daß einige „Frrtümer“ unterlaufen sind, und versprochen, die Wahlen wenn möglich im September dieses Jahres durchzuführen. Es sind nicht einige Frrtümer unterlaufen, sondern zahllose Frrtümer, was darauf schließen läßt, daß es sich hier um eine unerhörte Sorglosigkeit, die nur mit dem Ausdrücke Schlampererei bezeichnet werden kann, handelt.

Das Versprechen, Wahlen durchzuführen zu lassen, wird durch die Worte „wenn möglich“ wesentlich eingeschränkt, und wir haben die größten Bedenken dagegen, ob dieses Versprechen eingelöst wird. Die Folgen der Vorkommnisse werden die sein, daß eine große Anzahl von Anstalten nicht einmal zur Konstituierung kommen wird und daß, da ja die früheren Vorstände zu bestehen ausgeführt haben, die Beamten allein die Anstalten verwalten werden. Bis zur Wiedergutmachung der beangegangenen Fehler wird eine geraume Zeit verstreichen, in welcher eine Vertretung der Betroffenen überhaupt fehlen wird. Unserer Ansicht nach müßten die Wahlen sofort angesprochen werden, und es liegt nicht die geringste Veranlassung dafür vor, auch nur bis zum September damit zu warten.

Wir fragen daher den Herrn Minister:

1. Wie rechtfertigt derselbe die unterlaufenen Fehler?

2. Ist er bereit, die Wahlen in die Bezirkskrankenfürsorgeanstalten ehestens, das ist binnen zwei Monaten, durchzuführen zu lassen?

Die Protestversammlung gegen die Benachteiligung der Studentenfürsorge.

Die Nationalen sind doch ausgekniffen!

Wir haben uns nicht geirrt, als wir der Meinung Ausdruck gaben, daß aus der Protestversammlung aller Studenten gedachte Kundgebung des „Bereines deutscher Studentenfürsorge“ (welche am 13. März stattgefunden hatte) nur darum plötzlich ein hoher Vortrag wurde, weil gerade die „nationalen“ Studenten den Mut zu einem offenen Protest nicht aufbrachten. Sie hatten vom Anfang an versucht, die Kundgebung zu verhindern, damit nicht etwa Sozialisten oder Negativisten (!) sie zu einer Kritik der Regierungsparteien benützen könnten. Und als ihnen dies nicht auf geradem Wege gelang, benützten sie die Abwesenheit der Sozialdemokraten, um die bereits beschlossene Protestkundgebung umzubiegen. Diese Feigheit hatte Genosse Kemwirth bereits in der Versammlung selbst angedeutet, ohne daß diese „Vertreter der deutschen Belange“ gewagt hätten, auf seine Anschuldigungen zu antworten. Nunmehr erklärt der deutschnationale Herr Lindermann, daß er es ablehne, über die „Angriffe von gewisser Seite“ zu sprechen. Was nichts anderes bedeutet, als daß die nationale Studentenschaft ausgekniffen ist und ihre Verlegenheit mühsam durch Hochmütigkeit zu maskieren versucht.

Böhmische Landesvertretung.

Zusammentritt der Kommissionen.

Die in der letzten Sitzung der böhmischen Landesvertretung gewählten Kommissionen werden in der ersten Hälfte Mai zusammentreten. Für die Budgetkommission sind die Tage vom 13. bis 18. Mai in Aussicht genommen, für die übrigen Kommissionen der 3. und 4., 6. und 7., 10. und 11. Mai. Die Kommissionen werden ihre Konstituierung vornehmen und so weit Material vorhanden ist, dasselbe aufarbeiten.

Das Plenum der Landesvertretung selbst wird in der Woche nach Pfingsten, voraussichtlich Mittwoch, den 22. Mai zusammentreten.

Hauptversammlung der deutschen Wählerbund-Liga.

Dr. Medinger in Verlegenheit.

Am 23. April fand in Prag die Hauptversammlung der deutschen Wählerbund-Liga statt. Der Vorsitzende Senator Dr. Medinger erstattete ein Referat über das Gesetz zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes (dessen Nachteile er darlegte und dessen Beseitigung er forderte) sowie über die Vorgänge beim Wählerbund in Genf. Dabei befahte er sich ausschließlich mit der Minoritätenfrage. Interessant war seine Feststellung, daß trotz der Beteiligung der deutschen Parteien in der Regierung sich in der Be-

handlung der Minoritäten in der Tschechoslowakei nichts geändert habe. In der Debatte erklärte Abg. Genosse Schäfer, daß die sozialdemokratische Partei gegen das Gesetz zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes gestimmt habe und dessen Beseitigung fordere, wobei er die für die Arbeiter schädlichen Wirkungen des Gesetzes darlegte. Allerdings mußte er feststellen, daß an dem Gesetze nicht, wie sein Vorredner meinte, ein Beamter, sondern die Regierung und die Regierungsmehrheit, also auch die deutschen Regierungsparteien, die Schuld tragen. Genosse Schäfer stellte fest, daß sowohl bezüglich der Frage der Beschäftigung fremder Arbeitskräfte, als auch bezüglich der Behandlung der Minoritäten eine Besserung eintreten könnte, wenn auch bei uns, wie dies Dr. Medinger für England wünschte, die anderen Parteien siegen. Herr Florian Bergmann, Sekretär des Angestelltenverbandes, schloß sich den Ausführungen des Gen. Schäfer an, beleuchtete die schädlichen Einwirkungen des Gesetzes zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes, insbesondere auf die Angestellten, deren fachliche Ausbildung und deren wirtschaftliches Fortkommen durch die gegenseitigen Absperrungsmahnahmen schwer leiden. Er stellt mit Genugtuung fest, daß sich Herr Dr. Medinger, also ein Mitglied der Regierungspartei, gegen das Gesetz gewendet habe und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr Herr Senator Dr. Medinger seinen großen Einfluß geltend machen werde, um die Regierungsparteien zur Beseitigung des Gesetzes zu veranlassen. Bei den Neuwahlen wurde an Stelle des auscheidenden Genossen Dr. Holtscher Genosse Dr. Emil Franzel in den Vorstand gewählt.

Die unerhörten Ernennungen.

In unserer mährischen „Volkswacht“ finden wir folgendes Beispiel für die unerhörten Ernennungen in den Rassenvorständen verzeichnet:

In Sternberg hat es sich mehrfach ereignet, daß Leute ernannt wurden, die seit Jahr und Tag nicht mehr Mitglied der Krankenkassa sind. Das ist der Fall bei dem Arbeiter Jödlisch aus Stefanau, der seit fünfviertel Jahr der Kassa nicht mehr als Mitglied angehört. Er wurde anscheinend nur aus dem Grunde ernannt, weil er bei den Wahlen in die Bezirksvertretung Sternberg an dritter Stelle der tschechisch-Mexikalischen Liste stand. Genau dasselbe ereignete sich bei dem Ernannten Bohumil Zdoboda aus Schönwald bei Mähr.-Neustadt, der schon ein halbes Jahr lang nicht mehr Mitglied der Kassa ist. Der Baummeister Soba wiederum wurde, weil doppelt besser hält, sowohl in den Ueberwachungsausschuss als auch in das Schiedsgericht ernannt. Und solcher Dinge gibt es noch mehr. Die Kommunisten und Nationalsozialisten haben überhaupt keine Vertretung, den deutschen Sozialdemokraten hat man von 12 Mandaten 3 gegeben, obwohl die rund 7000 Mitglieder der Krankenkassa ganz zweifellos in ihrer überwältigenden Majorität sozialdemokratisch gesinnt sind.

Aus der RBC.

Ausschlüsse in Prohnik.

Die kommunistische Kreisorganisation in Prohnik veröffentlicht in ihrem dortigen Organ eine Erklärung, in der die bisherigen Führer der RBC, in dem dortigen Gebiete Dr. Lekt, S. m. l. d. a. und Gr. u. b. a. ausgeschlossen werden. Ebenso wird der Administrator des Blattes S. l. o. h. a. n. e. l. ausgeschlossen, weil er der Opposition das Adressenmaterial der Verwaltung übergeben hat. Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei in Prohnik, die ein Flugblatt gegen das Politbüro herausgegeben hat, wurde abgesetzt.

Der Streit Kramar-Benes. Der Vorstand der tschechischen nationalsozialistischen Partei hat einen Beschluß gefaßt, worin er den Angriff Kramar's auf Masaryk zurückweist und ebenso die Beschuldigung, die Kramar gegen Benes erhoben hat. Es zeigt dies, wie es in dem Beschlusse heißt, von einem großen Verfall des Sinnes für die Interessen des Staates, wenn ein führender Koalitionspolitiker den Mann, der den Staat in Ausland repräsentiert, in einer solchen Weise angreift.

Kampfabstimmung in der Egerer Bezirksvertretung. Das tschechoslowakische Prefbüro meldet aus Eger den 24. April: In der heutigen Nachmittagsitzung der Egerer Bezirksvertretung stand die Frage zur Beschlußfassung, ob in dem mit einem Kostenaufwand von 7 Millionen Kč errichteten Bezirksfischenhaus in Eger, das demnächst fertiggestellt werden soll, weltliches oder geistliches Pflegepersonal angestellt werden soll. Nach einer sehr scharfen Debatte gelangte ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung. Von 23 anwesenden Bezirksvertretern stimmten 12 für den Antrag, der aber trotzdem nicht die Mehrheit erhielt, weil der Referent der Bezirksbehörde, der nach der Geschäftsordnung gleichfalls stimmberechtigt ist, nicht für den Antrag stimmte. Das Pflegepersonal im Egerer Bezirksfischenhaus wird somit von den Kreuzwestern gestellt werden, die in Eger ein Mutterhaus besitzen.

Dr. Hodza neuerdings schwer erkrankt. Wie ein Prager Mittagblatt meldet, hat sich seit Sonntag das Befinden des ehemaligen Unterrichtsministers Hodza verschlechtert.

Hoffentlich blamieren sie sich nicht nach einmal. Aus Berlin wird gemeldet: Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, das ihm in Caput anobotene Grundstück Professor Dr. Albert Einstein als Ehrengabe kostenlos zu überlassen. Eine entsprechende Vorlage wird der morgigen Stadtvorordnetenversammlung zugehen.

Hundfunk durch Haustelefon. In der Nationalen Akademie der Wissenschaften in Washington wurde ein Referat über eine Erfindung erstattet, durch welche die Rundfunkübertragungen mit Hilfe der Haustelefonleitungen vervollkommen werden, ohne daß jedoch der normale Telephondienst gestört wird.

Der Siegeslauf der Technik. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Ingenieure der Cunard-Linie gegenwärtig damit beschäftigt seien, Pläne für zwei Ozeandampfer aufzustellen, die zum mindesten eine Verdrängung von 75.000 Tonnen haben sollen. Es werde erwartet, daß diese Schiffe allen anderen Ozeandampfern überlegen sein würden.

Häckerlicher Tod eines Epileptikers. Der 46jährige Vieher Anton Wassermann in Wrohnitz fiel, als er von einem epileptischen Anfall gepackt wurde, unglücklichweise mit dem Kopf in einen Topf mit siedendem Wasser und blieb einige Minuten liegen, so daß sein Gesicht geradezu gekocht wurde. Seinen furchtbaren Verletzungen ist der Verunglückte im Krankenhaus erlegen.

Die letzten Erdbeben in Bologna und Umgebung dauern fort. Seit Dienstag herrscht schlechtes Wetter mit Schneefällen im Nord und Regen in Modena, Piacenza und Umgebung, verbunden mit einem starken Temperatursturz. Ein härterer Erdstoß ereignete sich um 15.20 Uhr. Die vielfach in die Festlager gestützte Bevölkerung von Bologna wird durch den Witterungswechsel schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Bei einer Eisenbahnkatastrophe, welche sich auf der Strecke Arkutsk-Tschita (Rußland) ereignete, wurden sechs Personen getötet und neun schwer verletzt. Die Katastrophe wurde dadurch verursacht, daß Erdmassen infolge der in dieser Gegend häufigen Erdbeben von der Böschung auf die Schienen stürzten.

Vogelnester in Kanonen. Dem friedlichsten und schönsten Zweck, dem Kanonen gewidmet sein können, dienen die Gefühle, die auf dem Schlachtfeld von Gettysburg in Pennsylvania aufgestellt sind. Wie ein Besucher, Merrill Wood, in einer Zeitschrift berichtet, hat er die 92 Kanonen untersucht, die sich dort zur Erinnerung an die Schlacht befinden. Von den 58 Messingkanonen waren 55 von Vögeln für ihre Nester benutzt worden, und von den 34 Eisenkanonen hatten Vögel in 32 ihr Heim aufgeschlagen. Als er zu einer Sechskanone kam, lag ein Nistgeschwäpper heraus, und er fand dort ein Nest mit vier Eiern ganz nahe am Eingang der Röhre, während die übrigen Nester fast sämtlich tiefer im Innern angelegt waren, so daß man mit der Hand nicht hinzukam. In einer Großkaliberkanone mußten wohl Eulen gehaust haben, denn es lag dort noch das Gewölle und das rechte Schulterblatt einer Fledermaus. Ein Zaunkönig hatte sich in einer Kleinkaliberkanone ein Nest aus kleinen Zweigen angelegt. In fünf Kanonen wohnten Stare, und in zwei waren Junge. In einer Kanone hausten Bienen, in einer anderen Wespen; ein Eichhörnchen hatte sich in einem Rohr eine Vorratskammer errichtet. Trotz den Tausenden, die das Schlachtfeld besuchen, scheinen die Vögel in den alten Kanonen ruhig und sicher zu wohnen.

Bourdet, der französische Komödiendichter, der auch bei uns durch seine Komödien „Gefangene“ und „Soeben erschienen“ bekannt geworden ist, verheiratete sich mit einer jungen Dame der besten Pariser Gesellschaft. Eines Tages gestand er ihr: „Mein Fräulein, ich möchte Sie lieben! Fragen Sie Ihr Herz, wo ich auf Gegenliebe hoffen dürfte!“ — „Tut mir leid“, entgegnete die Gestrage achselzuckend, „ich frage nicht mein Herz, sondern meinen Verstand, meinen Kopf; der sagt mir aber: Nein!“ — Bourdet kam nicht aus der Fassung, sondern fragte weiter: „Und dürfte ich auf keine Gebirnerweichung hoffen?“

Interessante Ausgrabungen bei Odesa.

Das historisch-archäologische Museum in Odesa hat seit der eingehenden Sichtung und Erforschung der archäologischen Ausbeute der im vergangenen Jahre bei Odesa vorgenommenen Ausgrabungen beschäftigt.

Die bei den Grabungen in Ussatowo freigelegten Gegenstände stammen aus der Zeit von 1400 bis 1580 v. Chr. und gehören einer Kultur an, die der Kultur Kleasiens, Ägyptens und der Insel Krete wissenschaftsverwandt ist.

Die Ergebnisse der Grabungen auf der Insel Berejan lassen darauf schließen, daß an der betreffenden Stelle vor etwa 2000 bis 2500 Jahren eine Halbinsel lag, auf der die Jonier im VII. Jahrhundert v. Chr. eine Handels- und Fischereifischung schufen. Die meist vorzüglich erhaltenen Gegenstände, die auf der Insel Berejan zu Tage gefördert wurden, dürften aus der Zeit der altgriechischen Kultur — V. bis VII. Jahrhundert v. Chr. — stammen.

Die in Olybia ermittelten Gegenstände — etwa 15.000 an der Zahl — gehören der hellenischen Kultur (I. bis III. Jahrhundert v. Chr.) und der römischen Kultur der ersten drei Jahrhunderte nach Chr. an.

Auf dem Internationalen Archäologenkongress, der am 21. April in Berlin zusammentrat, werden Sowjetgelehrte über die archäologischen Forschungen bei Odesa, insbesondere über die Ausgrabungen auf der Insel Berejan, berichten. (Zaf.)

Die Jungfrau von Orleans.

Am 29. April sind 500 Jahre vergangen, seitdem ein junges Bauernmädchen an der Spitze der französischen Truppen das englische Heer vertrieb und in Orleans einzog. Frankreich wird diesen Gedenktage, der ohnehin alljährlich gefeiert wird, in diesem Jahre ganz besonders festlich begehen. Messe und Hochamt werden unter dem Zeichen der Mutterin Frankreichs stehen, und im Anschluß an den Gottesdienst sind Umzüge und andere feierliche Veranstaltungen geplant. Das schlichte Landmädchen, das vor Jahrhunderten in Rouen als Ketzerin verbrannt wurde, ist unter der Einwirkung kirchlicher und nationaler Kräfte zu einem großen nationalen Symbol, zu einer geistigen Macht geworden, deren Einfluß unbestreitbar ist.

Auch in Deutschland schwebt um den Namen der „Jungfrau von Orleans“ ein geheimnisvoller Hauber, seitdem Schiller ihre Gestalt in dichtester Verkörperung auf die Bühne gebracht hat. Shakespears hat die „Pucelle“ im ersten Teil seiner „Historie König Heinrich des Sechsten“ — als Hefe geschildert. Für Voltaire, den großen Aufklärer des 18. Jahrhunderts, war die „Jungfrau“ nur ein Werk des Priesterbetrugs, das er in seinem satirischen Gedichtgedichte mit beikommendem Spott aller Fauberkraft entkleidete. Auch Bernard Shaw hat in seinem Bühnenwerke — ebenso wie Anatole France in seiner romanhaft-historischen Darstellung — nichts Ueberirdisches an der „Heiligen Johanna“ gelassen. Für Shaw und France war sie nichts weiter als ein einfaches, naturwüchsiges Bauernmädchen.

Welcher dieser Dichter mag wohl der Wahrheit am nächsten gekommen sein? Wird es überhaupt jemals gelingen, das zu ergründen, was vor fünf Jahrhunderten Wirklichkeit gewesen ist? Wohl sind noch Urkunden erhalten, in denen von Jeanne d'Arc und ihren Angehörigen berichtet wird, und in denen das Verhör, dem sie vor ihrer Verurteilung zum Scheiterhaufen unterzogen wurde, festgehalten ist. Alte Briefe erzählen von ihrer Erscheinung und von der Wirkung ihrer Persönlichkeit. Aber das Bild, das sie zeichnen, ist widersprüchlich und unklar. Die verschiedenartigen Andeutungen, die alten Chroniken, geschlossenen Gedächtnis, Ritzungen und Abbildungen, die das Museum der Johanna in Orleans enthält, sagen so gut wie nichts über die seelischen Vorgänge, die den historischen Begebenheiten zugrunde liegen mögen. Die Denkmäler der „Jungfrau“ in Orleans, in Reims und Paris sind in der Skulptur herkömmlicher Heldenerhebung gehalten. Persönlicher und menschlicher gehalten ist ein Jahrhundert alter steinerner Torso in den Museumsräumen des Trocadero in Paris, der ein lebhaftes weibliches Antlitz zeigt. Aber im ganzen erhalten wir aus den unzähligen Skulpturen und Gemälden kein einheitliches Bild, sondern überall ist das ursprüngliche Bild verwischt, durch spätere Zutaten unkenntlich gemacht und als Sinnbild von Nationalismus und kirchlicher Frömmigkeit — der charakteristischsten Eigenschaften mittelalterlicher Konvention — geformt. Nur eine Stelle gibt es heute in Frankreich, an der vielleicht noch ein klein wenig von der Stimmung verunkelter Jahrhunderte lebendig ist. Es ist eine stille schrittweise Kleinstadt am Ufer der Maas, die sich hier durch eine tiefe Hügelkette hindurchschlingt. Das Städtchen ist das idyllische Domrémy, die Heimat Johannas. Fern von rauschendem Großstadverkehr, von Lärm und Fremdenstrom, ruht die kleine Stadt inmitten der Wälder und Weinberge, die es einrahmen. Schlichte, einfache Häuser, saubere Straßen und Gäßchen begrüßen den Wanderer. An der Friedhofsmauer lehnt ein einfaches altes Häuschen mit hohem, spitzen Dach und kleinen, unregelmäßigen Fenstern. Aus dem Schatten hoher Tannen tritt man in einen dunklen Raum mit mächtigem Kamin, der an ein zweites, kleines Zimmer führt. Der Blick aus dem Fenster fällt auf alte Kreuze und Grabmäler. Im Dachstuhl befinden sich noch ein höherer Kamin, schief und niedrige Mauern. Das ist das Geburtshaus der Jeanne d'Arc, soweit es in vielfachen Um- und Neubauten im Laufe der Jahrhunderte erhalten geblieben ist. Nichts ist hier von kirchlichem Pomp und übertriebener Verherrlichung. Primitiv und schmucklos wie einst ist das kleine Bauernhaus noch heute. Hier, oberst von nationalstiftlicher Reforme und kirchlicher Pracht, muß man Urkunden und Schriften lesen, die von Johanna erzählen.

Uralte Märchen der Vorzeit seien aus den verpöhten Wäldern auf, festliches Szenenpaar von Tännönen und Feen, die unter der alten Baube, unter der die „Jungfrau“ oft mit ihren Freundinnen weilt, ihr Leben trieben. Der geheimnisvolle „Aerobona“ ist längst eingezogen, aber noch immer schwebt der weiße Nebel von der Höhe, auf der einst der Baum stand über dunkle Wälder und weite, stille Wiesen und Tristen hinab ins Thal, in dem die kleine Stadt ruht. Vielleicht hat Johanna hier über die geheimnisvolle Vorbestimmung des fogenamwobenen Pauberser Merlin nachgedacht, daß Frankreich einmal von einer Frau gerettet werde. Von hier aus mag sie verweist auf die zerstörten Ueberreste ihrer Heimat hinabschauen, die von englischen Truppen überfallen worden waren. Unter den Einbrüchen furchtbarer Aricaobereit ist sie aufgewachsen. Ihre geistige Nahrung bildeten die Heiligengeschichten der katholischen Kirche, die sie gerade in ihren Entwicklungsjahren mit tiefer Jahnunst in sich aufnahm und mit den Geschichten ihrer Zeit verknüpfte. Die Aufklärung, daß die Heiligen die Jungfrau ausgerechnet mit der Rettung und Ordnung des schwelenden, charakterlosen Karl VII. beauftragt haben, ist verständlich aus der mystischen Glaubensvorstellung jener Zeit vom Gottesabentem des Königs. Als eine naive, phantastische Visionaria, wie sie damals nicht selten waren, erscheint uns die unglückliche „Keterin von Rouen“ in der stillen, armen Landschaft, die ihre Heimat gewesen ist. Trotz der „Stimmen“, wie Johanna ihre Erscheinungen nannte, hatte sich dieses harmlose, natürliche Weibchen bewahrt, wie ja überhaupt Göttergötter nach den Ergebnissen moderner wissenschaftlicher Forschung durchaus nicht immer ein Zeichen von krankhafter Veranlagung sein müssen. Freilich darf auch dieses Bild Johannas nicht den Anspruch auf absolute Echtheit erheben, denn nach einem halben Jahrtausend muß auch der gewissenhafteste Forscher trotz eifrigster Quellenstudien an Ort und Stelle sich mit Wägen und Bruchstücken abfinden. Dennoch dürfte das Andenken der unsichtlichen Jeanne d'Arc in diesem Bilde besser gewahrt sein als in überabwärtigen nationalstiftlichen Verherrlichungen und kirchlichem Gepränge, das von den Nachkommen jener Menschen veranfaßt wird, die einst die „Hefe“ von Domrémy verbrannt haben.

Johannas Andenken wurde wenige Jahrzehnte nach ihrem Heuertode durch einen großen Rehabilitationsprozeß „reerint“. Man errichtete ihr Denkmäler; der Papst sprach sie selig, und seit 1920 gilt sie sogar als Heilige. In Wirklichkeit ist die Tote immer ein armes, irrefestetes, tragisch veranlagtes Mädchen geblieben. Denn alle Ehren, die seit Jahrhunderten auf sie gehäuft werden, gelten nicht ihr selbst. Johanna ist nur das Werkzeug, dessen sich Kirche und Nationalismus bedienen, weil sie eines weihrauchumnebelten, verklärten Symbols bedürfen, um ihre eigenen höchst mysteriellen Ziele zu verkleinern.

ohne Rücksicht auf ihre Qualität. Nunmehr hätten sich die Verhältnisse so weit entwickelt, daß es notwendig wird, die landwirtschaftliche Weltlage zu berücksichtigen. Während Deutschland isoliert gewesen sei, habe sich in der übrigen Welt mancherlei ereignet. Auf einigen Gebieten der Landwirtschaft fänden sich in Deutschland allerdings die gleichen Verschiebungen wie in anderen Ländern; auf anderen Gebieten könnten entsprechende Umstellungen in Deutschland erst in Angriff genommen werden, nachdem die Währung wieder stabilisiert gewesen sei. Deshalb seien noch große Umstellungen durchzuführen. Ueber diese gibt die Kommission folgendes Bild, wobei die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Vergleich herangezogen werden:

In Nordamerika sind während der letzten Jahre außerordentliche Fortschritte in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Wissenschaft und in der Anwendung dieser Wissenschaft auf die praktische Landwirtschaft erzielt worden. Das gleiche gilt für die Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters in der Landwirtschaft. Dieses Ergebnis ist teils der Anwendung von motorischer Kraft und neuen Maschinen zu danken, wurde aber zum größten Teil durch Fortschritte auf wissenschaftlichen Gebieten und durch die praktische Anwendung planmäßiger Betriebsführung erzielt. Die Forschungsarbeit der landwirtschaftlichen Hochschulen hat zu diesem Erfolg erheblich beigetragen. Die auf jede in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten beschäftigte Person entfallende Erzeugnismenge nahm seit dem Jahre 1909 um mehr als ein Drittel zu. Die stark zunehmende Spezialisierung der Landwirtschaft führte zu größerer Leistungsfähigkeit und verbesserter Qualität. Erhebliche Änderungen sind auch in der

Ziernerahrung eingeführt worden, besonders beim Füttern des Geflügels und auf Grund der Erkenntnis des Wertes der Leguminosen bei der Fütterung von Mischfüßen. In den mischwirtschaftlichen Gegenden wird zum Anbau von Leguminosen Kalk in großen Mengen verwendet und zwar gewöhnlich in der Form von gemahltem Kalkstein. Im Staate Illinois wurde im Jahre 1904 ein Wagon Kalk verbraucht; im Jahre 1924 betrug die verbrauchte Menge 800.000 Tonnen. Eine erhebliche Verbesserung erfährt weiter die Qualität der Milchfäße und des Geflügels. Sie ist die Folge einer Auswahl des Futtermaterials auf Grund der Leistung. Der genossenschaftliche Einkauf und Verkauf hat bedeutend zugenommen. Auf diesem Wege sichert sich der Landwirt zu einem gewissen Teil die Vorteile der Massenerzeugung nach dem Vorbild industrieller Organisationen. Für die Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind Qualitätsgrade und Gesetze zum Schutz derselben erlassen worden. Dazu kommen Vorkehrungen, um Standarderzeugnisse auf Grund von Lagerproben öffentlich anerkannter Lagerhäuser zu beliehen. Nicht zuletzt hat man sich auf die andere Ernährungsweise, auf die in Europa und Amerika steigende Nachfrage nach Milch, Eiern, Früchten und frischem Gemüse eingestellt. Die Ursache dafür ist die zunehmende Verbreitung der Kenntnis vom Nährwert dieser Produkte und die zunehmende Kaufkraft der Arbeiterschaft. Letztere zeigt sich teilweise auch in der zunehmenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln besserer Qualität. Ein großer Teil der schwersten Arbeit wird jetzt durch Maschinen verrichtet. Dieser Umstand beeinflusst zweifellos die Nachfrage nach obengenannten Erzeugnissen.

Aus dem Gesagten schließt die Kommission, daß auch in Deutschland die Preise für bessere Qualität gestiegen sind, weil die Nachfrage nach denselben wächst. Das ist in der ganzen Welt festzustellen. Während sich aber der Landwirt in Amerika allmählich den Verhältnissen anpaßt, sah sich der deutsche Landwirt plötzlich vor diese Veränderung gestellt — und versagte. Er muß sich jetzt dem Wechsel anpassen oder schwere Verluste erleiden. So ist z. B. einer der wesentlichen Gründe der Leichtveräußerlichkeit von importiertem Obst in Deutschland in der hohen Qualität des Auslandsobstes zu suchen. Die notwendige Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse kann aber von dem einzelnen Landwirt allein nicht gelöst werden. Sie erfordert gemeinsame Arbeit. Weil diese in Deutschland noch nicht erreicht werden konnte, dürfte vielleicht die Produktion so stark gegenüber der Nachfrage nach besserer Qualität zurückgeblieben sein. Die Kommission macht dann auf die wichtigsten Probleme der deutschen Landwirtschaft aufmerksam, die sich in der Hauptsache auf Normierung und Standardisierung landwirtschaftlicher Produkte, peinliches Sortieren, Verpacken und Verkaufen der Ware, auf die Forderung größter Reinlichkeit, Entwicklungen landwirtschaftlicher Forschungen, besseren landwirtschaftlichen Unterricht erstrecken. Die Lösung dieser Probleme würde, so schließt die Kommission ihre Darstellung, viele günstige Folgen nach sich ziehen. Die zunehmende Bevölkerung würde besser und sparsamer ernährt werden, die Gewinne der Landwirtschaft würden zunehmen und die Einfuhr abnehmen.

Weisse Zähne

machen jedes Anstich anprobend und lösen. Oft schon durch einmaliges Nutzen mit der herrlich erfrischend umwandelnden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wunderbaren Glanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenknauf. Fäulende Speisereste in den Zahnräumen als Ursache des über Mundgeruchs werden rasch damit beseitigt. Verwenden Sie es zunächst mit einer Tube zu 4 Kc, große Tube 6 Kc. Chlorodont-Zahnbürsten für Damen 7 Kc (weiße Borsten), für Herren 8 Kc (harte Borsten). Nur echt in blau-weiß-grüner Originalverpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

Der Streik bei der Firma Gagn Stein, Porzellanfabrik in Zellnitz.

Zugung von Arbeitern ist strengstens fernzuhalten. Der am Montag, den 22. April ausgebrochene Streik, über dessen Ursachen wir bereits berichteten, dauert unverändert weiter. An demselben Tage fand wegen der sofortigen Entlassung des Betriebsausschuhmitgliedes A. J. die zweite Schiedskommissionsverhandlung statt. Die Begründung der Firma zu der sofortigen Entlassung des Betriebsausschuhmitgliedes war, daß dasselbe die Arbeiterschaft aufgewiegelt und zum Streik aufgehet hat. Die Firma führte neun Angestellte, der Betriebsausschuh zwei Arbeiterinnen als Zeugen. Sämtliche Zeugen konnten die Begründung der Firma nicht beweisen. Nach durchgeführter Zeugenaussage und Beratung der Schiedskommission wurde der Beschluß verfaßt, daß dem Antrage des Betriebsausschuhes, die sofortige Entlassung des Betriebsausschuhmitgliedes A. J. sei geschwindig und gültig ist. Somit ist auch in diesem Falle, welcher zur Erregung der Belegschaft führte, nachgewiesen, daß an dem ausgebrochenen Streik die Arbeiterschaft keine Schuld trägt. Einzelne Elemente sind bestrebt, für die Firma Arbeitswillige zu werben. Jeder anständige Arbeiter und Arbeiterin wird und muß den Betrieb solange meiden, bis die bestehenden Differenzen beigelegt sind.

Kunst und Wissen.

„Lulu.“ Bedelinds Lulu-Opern — „Ordnung“ und „Püchle der Pandora“ — wurden gestern zum erstenmal in der Fassung des Berliner Staatschreibers, die beide Dramen an einem Abend vorkam, in der kleinen Bühne aufgeführt. Die Regie Högglins folgte dem Geiste der Dichtung und führte, gestützt allerdings auf eine hinreichende schauspielerische Leistung der Pantomane; das gewaltige Werk zu einem neuen großen Bühnenerfolg. Wir werden die Aufführung morgen ausführlich würdigen. G. B.

„Rheingold“ als Matineevorstellung am Donnerstag, den 30. April, um halb 8 Uhr abends im Deutschen Theater. Karten täglich von 8—1 und 2—6 bei Optiker Deutsch, Graben, Palais Korymbos.

Vom Karlsbader Stadttheater. Der Umbau des Karlsbader Stadttheaters ist vollendet. Sowohl in bühnentechnischer Hinsicht, als auch in bezug auf die Innendekoration und Raumausnutzung bietet das Karlsbader Stadttheater nunmehr einen Musterbau. Traditionsgemäß wird das modernisierte Stadttheater mit einer Regartoper, und zwar am 1. Mai eröffnet. Zur Aufführung kommt „Cosi fan tutti“ als Gastspielvorstellung der Prager deutschen Oper.

Abschiedskonzert Josef Schwarz. Radioaal, 8. Mai, 8 Uhr. Mitsingt seine Frau Zenta Westland, Neumannsche Sopran, Pieder und Arlen von Mosler (Klavierbegleitung), Grieb, Wagner, Beechhorn, Smetana, Dvořak. Am Klavier Georg Singer. Vorverkauf Dehler, Trublat, Nramis.

Eine Preidhymne abgelehnt! Die Symphonie des schwedischen Komponisten Jerri Atterberg, welche von der Columbia Company in England mit dem ersten Preis von 200 Pfund gekörnt ist, wurde bei ihrer ersten Aufführung in London von Publikum und Presse abgelehnt.

Bruno Walter und die Romantik. Die „Neue Leipziger Zeitung“ veröffentlicht ein Interview mit Bruno Walter, das einen Einblick in die künstlerischen Anschauungen des bekannten Dirigenten bietet. Bruno Walter empfindet als Romantiker, der von den Jüngsten eine Entbehrung des romantischen Welt- und Lebensgefühls befürchtet — nicht im Sinne einer momentanen Verleugernng, wohl aber als Preisgabe wichtiger Erlebnisbereiche zur Kunst. Er sieht in der Gesamtheit der Entromantifizierungsbestrebungen im heutigen Leben eine Gefahr für die Kunst, und nur daraus mag sich seine geringere Anteilnahme an einem zeitgenössischen Musikschaffen, das auf solcher neuen Lebensanschauung zu ruhen versucht, ableiten. Die großen Meister der Kunst zeigen ihm das Ziel: Die innere Erregung des Menschen soll durch die Kunst nicht durch künstliche Mittel erreicht werden.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag: Erkensbühnenstück „Erika Glöhner“, 7 1/2 Uhr: „Mein Mann liegt in Paris“, Freitag: Erkensbühnenstück „Erika Glöhner“, 7 1/2 Uhr: „Lakotte“, Samstag, 7 Uhr: „Die singende Venus“, Sonntag, 11 Uhr: „Kommentar“, 2 1/2 Uhr: „Drei Groschenoper“, 7 Uhr: „Die singende Venus“, Montag (104—4), 7 1/2 Uhr: „Aum wie eine Kirchenmönch“.

Spielplan der kleinen Bühne. Donnerstag: „Stoben erziehen“, Freitag: „Arm wie eine Kirchenmönch“, Samstag: „Gold auf der Straße“, Sonntag, 3 Uhr: „T.N.S.“, 7 1/2 Uhr: „Pul“, Montag: „Drei Groschenoper“.

Prager Kurse am 24. April.

	Kurs	Wass
100 böhmische Gulden	1854.97	1858.97
100 Reichsmark	508.65	502.55
100 Schilling	488.70	489.90
100 Schweizer Franken	649.50	651.70
1 Pfund Sterling	167.75	164.85
100 Lire	176.61	177.61
1 Dollar	33.74	33.84
100 französische Franken	131.85	132.25
100 Dinar	59.25	59.50
100 Pengö	587.67	589.67
100 polnische Zloty	377.81	379.81
100 Schilling	473.85	475.15

Die Polemit.

Sullivan öffnete die Gläubig, auf der „Redaktionssekretariat“ stand, und trat in das Wohnzimmer der Schriftleitung des „Daily Morning Prager“ ein. Hinter einem Pult geduckt sah ein Angestellter, der Stühle von eingelaufenen Manuskripten nummerierte. Sullivan nickte dem Mann freundlich zu: „Morgen, Emil“, schritt pfiffig auf die im Hintergrunde liegende Pultstühle der Redaktion zu und verschwand.

Schon ein Jahrzehnt lang kam Sullivan jeden Morgen, um hinter dieser Pultstühle jene bekannten hundert Zeilen über interessante Tagesereignisse zu schreiben, deren geistvoller Akt täglich Hunderttausende von Lesern entzückte. „Wenn die Leute wüßten...“ dachte Sullivan manchmal, wenn das tägliche Einerlei ihn allzusehr bedrückte. Aber dann nahm er immer wieder seine Energie zusammen, und immer wieder waren die Leser des „Daily Morning Prager“ von der Eleganz überrascht, mit der Sullivan die Behandlung der schwersten Themen aus der Feder floss.

Sullivan trat in einen von Tabaksqualm geschwängerten großen Saal, in dem mehrere seiner Redaktionskollegen schon bei der Arbeit waren. Man debattierte leidenschaftlich; das Telefon war in ständiger Alarm, doch trotz dem Lärm der Schreibmaschinen trugten einige Federer eifrig über das Papier. Sullivan wurde mit lebhaften Zurufen empfangen. Der alte Journalist blickte erstaunt auf. War er zum Chefredakteur befördert, oder hatte man ihn zum Sonderberichterstatter in Honolulu ernannt? Die

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend, Prag, Freitag, den 26. 4. N. Im G.C.C. Speisesaal: Sonntag Abend Beginn halb 8 Uhr. Bringt die Niederbücher mit! — Samstag, den 27. 4. N. gemeinsamer Besuch der Rache Kollwitz-Ausstellung im Rudolfinum. Treffpunkt: Mährischer Rothensbrunn, 14 Uhr. Die Ausstellung ist sehr umfangreich und gewährt Euch einen recht guten Einblick in das Schaffen dieser bedeutenden Künstlerin. Beteiligt Euch alle!

Literatur.

„Was nicht im Bucheder steht: Band VI: Leipzig.“ Von Hans Reimann. Verlag R. Beyer und Co., München. „Wo Fleiß und Poetie, zwei arme Hascheu, ihre Betten vereinen, in Dampf und Morast, pflanzen die Dämonen eine Burg hin, ein Bollwerk gegen die vom Westen herantrollenden Deutschschützen...“ Aber die Deutschschützen offizieren die Burg Leipzig...“ So leitet Hans Reimann das erste Kapitel „Für fünfzehn Pfennig Geschäfte“ ein und berichtet, Mitten Winter dem Geschichtlichen, das er berichtet, Lichter frühlichen Jahres auf: „Im siebenjährigen Kriege wurde es leicht komponiert. 1765 bis 1768 durfte es den jungen Goethe an die Brust drücken.“ Bei jeder Zeile, die man liest, begrüßt man die gute Idee, gerade daß Hans Reimann damit beirrat, den Band über Leipzig in der Serie „Was nicht im Bucheder steht“ zu schreiben. Reimann stellt dem Leser die Lebenswirklichkeiten „Leibz“ vor, führt ihn in die Umgebung und nach Weimar, gibt ihm wirklich wichtige Hinweise für den Fall des Besuches der Stadt, plaudert anregend und als gewohnter Leipziger über Gewandhaus, Konseratorium, Schriftsteller, Künstler und allerlei Spezialitäten, verstreut dazwischen lustige Anekdoten und erzählt es, das Ganze wirklich zu einer informativen Ergänzung des Bucheders zu machen. Fast gegengewählte lustige Anekdoten von W. Duhe und Erich Kästner sind im Text eingestreut. Auch über Leipzigs ne behande hat, wird an dem Buche Vergnügen haben.

Der Film.

„Lache Bajazzo!“

(Metro-Goldwyn-Mayer-Film.)

Nach Motiven der „Pagliacci“ von Leoncavallo und im übrigen dem aller Circus, Clowns- und Artistengeschichten hat Herbert Brenon einen neuen von Chanen-Film herausgebracht, der erfreulicherweise auf die bisher gerade bei Lon Chanen üblichen äußeren Effekte und Tricks verzichtet und den bedeutenden Charakter spielen, der eben mehr als ein bloßer Meister der Maske ist, in eine stellenweise ergreifende, Handlung mit innerer, seelischer Entwicklung der Rolle stellt. Der Bajazzo zieht ein Hindelkind auf, in dem er Jahre lang eben nur das Kind, mit einem Mal aber das Mädchen, das Weib sieht. Zwischen Vergnügen und Hoffnung erlebt er alle Qualen des sterbenden Mannes; als Simonetta sich ihm verbindet, den jugendlichen Geliebten seiner halben aufgeben will, durchschaut er das Opfer und verzichtet nun endgültig, den Beweis tiefer Liebe, den ihm das Mädchen gegeben hat, als Trost in den Tod mitnehmend.

Reisen von Chanen gefällt im Spiel vor allem die junge Loretta Young. Ueberhaupt können sich im amerikanischen Film jetzt langsam weibliche Individualitäten durchzusetzen. Zwar merkt man hier wie in anderen Fällen schon noch den „Typ“, nach dem die Rolle erfährt wird, aber in Aussehen und Spiel zeigt sich doch die persönliche Gestaltung der Rolle durch. Die Regie ist sauber, der Film als ganzer ein lebensvoller Meisterwerk.

Sport • Spiel • Körperpflege

Gibt es noch Amateure?

Eigentlich nicht — sagt das olympische Komitee.

Ueber die kürzlich in Lausanne abgehaltenen Sitzungen des Internationalen Olympischen Ausschusses, die nichtöffentlich waren, werden im „Wiener Sport-Tagblatt“ interessante Details wiedergegeben. Präsident Graf Voillet-Latour wies darauf hin, daß der Begriff des Amateursimus derzeit verschiedenartig ausgelegt wird. Gegenwärtig sei der Amateursimus eines Sportlers davon abhängig, ob sein Arbeitgeber geneigt sei, für den Sport Opfer zu bringen oder nicht, was natürlich unhaltbar sei. Der Präsident stellte fest, daß es für prominente Sportler vielfach nur Scheinamateurstellungen gebe und daß in zahlreichen Ländern die Verbände auf dem Papier die Amateurvorschriften streng einhalten, in der Praxis aber vielfach ein Auge zudrücken. Graf Voillet-Latour meinte, ob es nicht zweckmäßiger sei, den Begriff des Amateursimus den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, dann aber unbarbarisch einzuhalten.

Eine interessante Debatte entwickelte sich bei dem Hinweis des Generalsekretärs (England) auf monatelang dauernde Reisen einzelner Sportgrößen. Er nannte hierbei die Namen Kurmi und Arne Borg. Der Vertreter des internationalen Athletenverbandes Messerli erklärte, daß die Untersuchung ergeben habe, Kurmi sei Vertreter einer Automobil- und konnte als solcher auf Reisen an Sportkonkurrenzen teilnehmen. Bezüglich Arne Borgs führte der Generalsekretär des Schwimmerverbandes Dr. Donath (Ungarn) aus, daß im Sinne der Bestimmungen der I.O.A. von jeder Auslands-tournee die Rechnung vorgelegt werden müsse, weshalb die Angelegenheiten Arne Borgs erst nach seiner Rückkehr nach Schweden aktuell werde. Zeines Wissens sei Borg im Auftrage schwedischer Zeitungen unterwegs. Das Problem der Tourneen werde übrigens demnächst geregelt werden. Ulrich Sulchow vom Internationalen Eislaufenverband machte darauf aufmerksam, daß die „übertriebene Auffassung des Amateursimus“ auch Gefahren in sich birge. Bonnet (S.S.A.) hält es für zweckmäßiger, mit den Töchtern des praktischen Lebens zu rechnen, als „Ideen nachzulassen“. Er fragte, ob denn wohl für die Olympiade in Los Angeles die Amateure bezahlten Urlaub für die Dauer von zwei bis drei Monaten erhalten werden. Zu der Debatte zeigte sich, daß die Auffassung der Delegierten über das wichtige Problem nicht einheitlich ist, worauf Voillet-Latour der Hoffnung Ausdruck gab, daß auf dem Berliner Kongress eine allgemeine Formel werde gefunden werden, die ein „Minimum des Amateurbegriffes“ enthalten werde. Wie sehr die Auffassungen auseinandergehen, beweist der Anhang, führte der Präsident weiter aus, daß z. B. der Reiterverband sogar Geldpreise erlaubt, während der Tennisverband seinen aktiven Spielern nicht einmal das Schreiben von Zeitungsarbeiten für Honorar gestatte.

Die Ausführungen dieser Sportführer sind sehr interessant. Sie bestätigen unsere Auffassung vom Begriff „Amateur“ Sport. Aber schließlich können die Arbeitssportler beruhigt zusehen: Sie haben keinen Schaden von dieser Kampfbereitheit zu befürchten.

Der italienische Fußballverband hat in seiner letzten Sitzung das „Einschreibungsstatut“ des österreichischen Verbandes zur Kenntnis genommen und mit Rücksicht auf die „freundlichen“ Verbindungen dem „Spudnapf“ verzichtet. Cebiva!

Herausgeber: Dr. Ludwig Czach, Chefredakteur: Wilhelm Riecher.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch, Prag Druck: Rota L.G. für Bellung und Buchdruck, Prag Für den Druck verantwortlich: Otto Seifert, Prag Die Zeitungsmarktenkonkurrenz wurde von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Erlaß Nr. 127 451/VI/27 am 14. März 1925 genehmigt.

Deutsche sozialdemokratische Bezirks-Organisation Prag.

Maifeier 1929.

Mittwoch, den 1. Mai 1929, um 1/10 Uhr vormittags in Prag II., Zitna (Ecke Solofka) Ausstellung aller Genossen und Genossinnen zur gemeinsamen Maifeier. Um 1/11 Uhr Abmarsch des Demonstrationstruges über den Wenzelsplatz zum

Gemeinsamen Kundgebung

Für unsere Partei spricht Gen. Hugo Behrjan.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Befindet auch heute wieder in Gemeinschaft mit den tschechischen Klassenangehörigen unsere internationale Gesinnung und beweist durch Massenbeteiligung gleichzeitig die Entschlossenheit im Kampfe um unsere Forderungen an Staat und Gesellschaft

Am Nachmittage des 1. Mai

Ausflug in die wilde Scharia

Der Treffpunkt aller Teilnehmer ist um 2 Uhr nachmittags bei der Endstation der 1. und 2. Linie der Elektrischen in Breznob. Abmarsch von dort um 1/3 Uhr.

Besonders aufmerksam machen wir nochmals auf die am 30. April 1929 im Neuen Deutschen Theater stattfindende

Maifest-Vorstellung.

Zur Aufführung gelangt die Wagner-Oper

„Rheingold.“

Karten sind bei Gen. Deutsch, Optiker, Prag II., Graben 2, im Vorverkauf erhältlich.

Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde Eurer Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

Jedem Arbeitermüde! Jedem Arbeiterbuben!

Das Buch der roten Falten KČ 11.—

Vollsbuchhandlung Tepliz-Schönan

Hühneraugen
Hornhaut beseitigt in einigen Tagen mit VITEK'S „Anticornein“
Eine Flasche KČ 6.—
Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Allein echt von Pr. Vitek & Co., Prag II., Vodickova 33.

ganze Redaktion des „Daily Morning Prager“ schien aus den Häuschen zu sein.

„Hast du die Morgenzeitungen gelesen, Sullivan?“ lönte es ihm von allen Seiten entgegen, und ein abgegriffenes Zeitungsbüchlein schob sich vor ihn hin.

„Meint Ihr, ich hätte nichts Besseres zu tun?“ antwortete Sullivan lächelnd.
„Wie? Hast du nicht den Artikel von Russell in „Chronicle“ gelesen? Er befaßt sich nämlich ausschließlich mit dir! Und noch dazu in welcher unerhörten Ausdrucksweise! Einen „Nichtstuner“, einen „Dilettanten“ usw. nennt der Mensch dich. Hier, sieh doch selbst!“

Von dieser Art von Worten überhäutet, wich Sullivan einen Schritt zurück. Dann griff er nach der Zeitung, die man ihm reichte, und las, in wie wenig höflicher Weise der Kollege vom „Chronicle“ sich über ihn geäußert hatte. Er las in aller Ruhe. Ein Lächeln spielte um seine Lippen. Dann setzte er sich gemächlich an seinen Schreibtisch nieder.

„Gar nicht so übel, der Artikel“, murmelte er nach einer Weile zu seinen aufhorchenden und wohl etwas schadenfrohen Kollegen hinüber. „Aber ich werde einen heeren schreiben. Russell soll sich ihn nicht hinter den Spiegel stecken.“ Damit schob er das Konkurrenzblatt verächtlich beiseite und begann mit seiner Arbeit.

Zeit etwa einer Woche waren die Beziehungen zwischen dem „Daily Morning Prager“ und dem „Chronicle“ außerordentlich gespannt. Eine heftige Fehde war im Gange, die von den geschickten Federern Sullivans und Russells ausgefochten wurde. Die Leser horchten auf, und der „Daily Morning

Prager“ ging ab wie warme Semmeln. Der Verleger des Blattes verdoppelte Sullivans Gehalt, um dessen Kampfbereit zu schätzen. Sullivans Stellung gegenüber seinen Kollegen hatte sich mit einem Schlage verändert. Bisher hielt man ihn für einen Durchschnittsjournalisten; jetzt war er der Held des Tages geworden. Sogar der alte Redaktionssekretär Smith im Wohnzimmer erhob sich und machte eine achtungsvolle Verbeugung, wenn der streitbare Kämpfer der Feder eintrat. Dem Redaktionsvolontär wurden Sullivans Polemiken als Meisterwerke der Stilistik gebührend zum Studium empfohlen. Der Chef selber hatte lange Unterredungen mit dem Gefeierten, die jedesmal unter freundschaftlichem Händeschütteln ihren Abschluß fanden. Man fragte Sullivan in allen wichtigen Angelegenheiten um Rat. Er durfte bereits zwei Stunden später, als vorgesehen, ins Büro kommen, und der Feuilleton-Redakteur nannte ihn nur noch „Meister“.

Alles ging gut, Sullivan vitt immer kräftiger seine Attaken, aber auch Ruell blieb ihm keine Antwort schuldig, bis endlich am zehnten Tage nach Beginn des Federkrieges der Verlagsdirektor den berühmten Polemiker zu sich rufen ließ.

„Sieber Freund“, begann der Gefürchtete im Tone des Bedauerns. „Haben Sie die heutige Ausgabe des „Chronicle“ gelesen? Nein? Unerhört, dieser Russell hat Sie schwer beleidigt. Dieses Mal ist die Sache wirklich zu stark und kann nicht mehr mit der Feder ausgetragen werden. Ich werde den Kerl vor das Ehrengericht bringen...“

Sullivan war bleich geworden und sank auf den erstbesten Stuhl. „Vor das Ehrengericht wä-

len Sie Russell bringen?“ stammelte er. „Nein, auf keinen Fall!“

„Aber die Beleidigung ist doch klar und deutlich. Das Wort „Idiot“ können Sie nicht auf sich sitzen lassen...“

Sullivan schüttelte den Kopf.
„Ich verstehe Sie nicht“, wunderte sich der Verlagsdirektor. „Oder haben Sie etwa Angst?“
„Angst?“ Sullivan brach in schallendem Gelächter aus.

Der Direktor trat fast unwillig vor den gefeierten Helden der Feder hin. „Ich begreife Ihr Vachn nicht. Es handelt sich doch um Ihre Ehre...“

„Das glaube ich schon, Herr Direktor. Aber vor das Ehrengericht können wir den Fall nicht bringen. Warum? Russell wird einfach nicht kommen und sich rechtfertigen.“

„Nicht kommen? Er muß!“
„Unmöglich. Herr Direktor, Russell... Russell existiert gar nicht... Russell... ist... bist ich selber gewesen!“

Am andern Tage berichtete die gesamte Presse von dem plötzlichen und ganz unerwarteten Tode des bekannten Journalisten Russell, des Mitarbeiters und gefürchteten Polemikers des „Chronicle“. Sullivan widmete dem dahingegangenen Gegner einen ebenso langen wie ehrenvollen Nachruf. Es war ein Kabinettsstück der Federkunst, so versicherten alle Leser des „Daily Morning Prager“...
Bodo W. Vogel.